

Südafrika

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	11
Militärausgaben	12
Lokale Rüstungsindustrie	14
Streitkräftestruktur	15
Bewaffnung der Streitkräfte	18
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	22
Polizei und andere Sicherheitskräfte	23

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	25
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	25
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	26
Innere Lage im Empfängerland	29
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	31
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in Südafrika

Deutschland ist traditionell kein wichtiger Rüstungslieferant für Südafrika. Zwischen 2001 und 2005 kam es jedoch zu einem kurzfristigen erheblichen Anstieg der Lieferungen. Nach Angaben der Bundesregierung war Südafrika 2003 nach Malaysia der zweitwichtigste, 2004 und 2005 sogar der wichtigste Abnehmer deutscher Rüstungswaren (außerhalb der EU-, NATO- und der NATO-gleichgestellten Länder). 2021 hat die deutsche Bundesregierung Rüstungsexporte nach Südafrika im Wert von rund 3,73 Mio. Euro genehmigt; sie hat mit Verweis auf das Kriterium 5 des Gemeinsamen Standpunktes der EU auch eine Ausfuhr von spezieller Software abgelehnt.

Der wichtigste Waffenlieferant für Südafrika war lange Zeit Schweden, gefolgt von einigen EU-Mitgliedsstaaten, Großbritannien und den USA. Nach dem Ende des Apartheid-Regimes und den ersten freien Wahlen 1994 wurde das Militärbudget zunächst drastisch reduziert, die bis dahin gültige Wehrpflicht abgeschafft und das Atomwaffenarsenal zerstört. Danach stiegen die Militärausgaben jedoch wieder an und es kam zu größeren Beschaffungen. Die hohen Rüstungsausgaben standen lange im Widerspruch zu den nach wie vor großen Entwicklungsproblemen im Land, zumal eine realistische externe Bedrohung Südafrikas nicht festzustellen war. In den letzten zehn Jahren sanken die Verteidigungsausgaben jedoch wieder und liegen derzeit (Stand: 2022) bei 07 Prozent am BIP, sodass teilweise Finanzierungsengpässe bei den (allerdings recht ambitionierten) Modernisierungsplänen der Streitkräfte vorliegen. Ein Strategieplan definiert daher als wichtigstes Ziel, bis 2025 den Rückgang militärischer Fähigkeiten aufzuhalten.

Bereits in den frühen 1960er Jahren begann die regierende *National Party* (NP) mit dem Aufbau einer fortschrittlichen Rüstungsindustrie. Nach dem Ende der Apartheid unternahm die Regierung nur geringe Versuche, den militärisch-industriellen Komplex des Landes zu verkleinern, sodass das Südafrika noch immer die umfassendste Verteidigungsindustrie auf dem Kontinent besitzt.

Die 1994 gebildeten südafrikanischen Streitkräfte unterstehen dem Verteidigungsministerium, das von einer zivilen Führung geleitet wird. Im Vergleich zu anderen Streitkräften des südlichen Afrikas verfügt die SANDF (*South African National Defense Force*) über relativ hochentwickelte Waffensysteme. Eine Vielzahl der benutzten Waffensysteme ist entweder in Eigenproduktion entstanden oder entspringt selbst durchgeführten Kampfwertsteigerungen älterer ausländischer Modelle meist westlichen Ursprungs.

Südafrika liegt in einer Region mit vielen inneren Spannungen und Konflikten. Eine moderne Rüstungsindustrie gilt daher als wichtiger sicherheitspolitischer Stützpfeiler für die südafrikanische Politik. Rheinmetall baut sein Geschäft in der Defense-Sparte mit Südafrika erheblich aus. Im November 2010 übernahm der Düsseldorfer Rüstungskonzern das südafrikanische Unternehmen Laingsdale Engineering (Pty) Ltd vom Kapstädter Technologie-Riesen Tellumat (Pty) Ltd. Mit Blick auf die Süd-Süd-Zusammenarbeit im Rüstungs- und Verteidigungsbereich sind auch Indien und Brasilien wichtige Kooperationspartner für Südafrika.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Südafrika genießt ein hohes internationales Ansehen. Die an das Land gestellten Erwartungen sind dementsprechend groß. So hatte Südafrika in den letzten Jahren den Vorsitz in einer Reihe von internationalen Organisationen inne, z. B. der *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD), der *Southern African Development Community* (SADC), der Blockfreien Bewegung (NAM) sowie im Commonwealth.

Südafrika ist der Mehrzahl von internationalen Abrüstungsverträgen beigetreten. Des Weiteren nimmt Südafrika eine führende Rolle in der Umsetzung der Anti-Personenminen-Konvention im subsaharischen Raum ein. Südafrika ist zugleich ein wichtiger Hersteller von Minenräumungsgeräten. Die Verfassung Südafrikas enthält einen umfassenden und modernen Menschenrechtskatalog. Dennoch gibt es in einigen Bereichen zum Teil noch schwerwiegende Probleme. Dazu gehören Gewaltanwendungen von Angehörigen des Sicherheitssektors, schlechte Zustände in den Gefängnissen, familiäre Gewalt gegen Frauen und Kinder, Kinderarbeit und Kindesprostitution. Besonders geschlechtsspezifische sowie xenophob bzw. rassistisch motivierte Gewalt stellen Südafrika vor Herausforderungen. Es kommt regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Polizei.

In Südafrika gibt es zurzeit keine ernsthafte Bedrohung durch extremistische Gruppen. Durch die Dominanz des ANC wurden radikale politische Kräfte entweder isoliert oder durch Einbindung in die Regierungspartei kontrolliert und entschärft. Die frühere Unruheprovinz KwaZulu-Natal konnte durch eine gemeinsame politische Intervention der ANC und der *Inkatha Freedom Party* (IFP) weitgehend befriedet werden. Größte Probleme für die innere Sicherheit des Landes stellen die steigende Kriminalität, die Ausbreitung von HIV sowie die illegale Einwanderung aus den Nachbarländern dar. Südafrika ist allen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Trotz verstärkter politischer Maßnahmen hat das Land eine der höchsten Kriminalitätsraten der Welt. Eine Ursache dessen ist auch die leichte Beschaffung von Kleinwaffen. So besitzen rund 3,5 Millionen Südafrikaner:innen legal rund 4,2 Millionen Feuerwaffen. Das Small Arms Survey schätzte die zivil gehaltenen (legalen und illegalen) Schusswaffen für 2017 auf rund 5,4 Millionen, von denen rund 2,4 Millionen nicht registriert sein sollen.

Südafrika versucht, eine führende Position auf dem afrikanischen Kontinent einzunehmen, was sich u. a. in seinen Beiträgen zur Konfliktbeilegung in der Region der Großen Seen zeigt. Der ehemalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki ist darüber hinaus ein wichtiger Mitbegründer der 2002 geschaffenen Afrikanischen Union (AU) sowie dessen Entwicklungsprogramm, der sogenannten NEPAD-Initiative. Auf sub-regionaler Ebene ist Südafrika Gründungsmitglied der *Southern African Development Community* (SADC), die 1992 als Nachfolgerin der SADCC ins Leben gerufen wurde.

Der Weltbank zufolge gehört Südafrika mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.780 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index 2019 belegte Südafrika einen Platz im oberen Mittelfeld (Rang 60 von 141). Mit einem Wert von 0,713 weist Südafrika laut Human Development Index (HDI) 2021 eine „hohe menschliche Entwicklung“ auf. Es steht hinsichtlich der Erreichung einiger Sustainable Development Goals vor teils erheblichen Herausforderungen. Die Gefahr, dass in Südafrika unverhältnismäßige

Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gering.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 59,7% Technische Unterlagen für militärische Ausrüstung: 25,2%	4,24
2000	Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Teile für Panzerzugmaschinen, Teile für Brückenlegesystem: 41,4% Fertigungsunterlagen für Korvetten und U-Boote, Technologieunterlagen für Optik-Komponenten: 20% Minenjagdboote und -teile, Teile für Hydrophone: 16,7% Teile für Kampfhubschrauber: 10,6%	7,97
2001	Teile für U-Boote: 29,3% Schiffskommunikationssysteme, Monitoren, Magnetischer Eigenschutz für Fregatte, Teile für Datenaufzeichnungsgeräte, Schiffskontrollkonsolen: 21,6% Technische Unterlagen für Geschosshülsen, Getriebekomponenten, Teile für Führungs- und Waffeneinsatzsysteme und Teile für U-Boote: 15,1% Feuerleitanlagen, Ziellinien-Prüfgerätesätze, Teile für Sehrohranlagen: 13,3% Gewehre und Karabiner (keine Kriegswaffen), Revolver, Pistolen, Sport- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver, Waffenzielgeräte: 6,3%	5,29
2002	Technologieunterlagen für Torpedos, gepanzerte Fahrzeuge, Kommunikationssysteme, Radaranlagen, Getriebe, Korvetten-Schalt-schränke, U-Boot-Schalt-schränke, U-Boot-Periskope, die Herstellung von großkalibriger Munition: 37,9% Herstellungsausrüstung für Sonaranlagen, Munition, Jagd- und Sportwaffen, Teile für Munitionsprüfgeräte: 26,6% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme für Panzer, Ziellinien-Prüfgeräte, Teile für Feuerleiteinrichtungen von U-Booten: 9,5% Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW und Brückenleger: 9,1%	21,22
2003	Korvetten und Teile für Korvetten und Sonaranlagen: 98,6%	427,85
2004	Korvetten und Teile für U-Boote: 87,7%	152,45
2005	U-Boote und Teile für Korvetten, U-Boote: 96,6%	613,92
2006	Zielzuordnungsgeräte und Teile für Sehrohrsysteme, Schiffsradar, Zielzuordnungsgeräte, Zielortungsgeräte, Messgeräte, Prüfgeräte: 45,4% Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Mess- und Prüfausrüstung, Digitale Magnetkompassse, und Teile für Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 18,9% Teile für Unterwasserortungsgeräte: 9,6% Hubschrauber, Anti-G-Hosen und Teile für Kampfflugzeuge, Trainingsflugzeuge, Anti-G-Hosen: 6,2%	19,08
2007	Teile für Korvetten und U-Boote: 43,2%	33,82

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen. Zielortungsgeräte: 22,9% Teile für Flugkörper und Panzerabwehrsysteme: 19,3% Maschinenkanonen und Teile für Maschinenkanonen: 7,3%	
2008	Prüfausrüstung und Teile für Zielerfassungssysteme, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Zielortungsgeräte: 24,7% Luftlandefahrzeug und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Amphibienfahrzeuge, Landfahrzeuge: 21,2% Teile für Korvetten und U-Boote: 15,3% Teile für Torpedos, Flugkörper und Panzerabwehrsysteme: 15% Kommunikationsaufklärungssysteme, Prüfausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 5,7%	14,66
2009	Luftfahrtscheinziele und Teile für Raketen, Flugkörper, Panzerabwehrsysteme, Raubbüchsen, Nebelbüchsen: 35,4% Bildverstärkerausrüstung, Wärmebildgeräte und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung: 30,4% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Rohrwaffenrichtgeräte, Zielüberwachungssysteme, Zielortungssysteme, Prüf- und Justierausrüstung: 9% Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Waffenzielgeräte: 5,9%	26,41
2010	Ortungserkennungs-Identifiziervorrichtungen, Zielüberwachungssysteme, Prüf- und Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Ortungserkennungs-Identifiziervorrichtungen, Rohrwaffenrichtgeräte, Bordwaffen Steuersysteme, Zielüberwachungssysteme, Prüf- und Justierausrüstung: 45,6% Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme, Leuchtpatronen, Darstellungsmunition, Täuschkörper und Teile für Flugkörper: 28,1% Nachtsichtvorsatzgeräte, Multisensorplattform, Wärmebildgeräte und Teile für Wärmebildgeräte: 10,3%	22,17
2011	Nachtsichtgeräte und Teile für Kameras, Nachtsichtgeräte: 35,4% Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Fregatten, Unterwasserortungsgeräte: 17,6% Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielortungssysteme, Erkennungssysteme und Ausrüstung für Gegenmaßnahmen: 13,2% Flugkörper, Nebelhandgranaten, Pyrotechnische Munition, Simulatoren und Teile für Flugkörper, Handhabungsausrüstung: 8,8% Teile für Maschinenkanonen: 7,8%	19,92
2012	Prüfausrüstung für die Waffenjustierung und Teile für Feuerleiteinrichtungen für U-Boote, Rohrwaffenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielortungssysteme, Prüfgeräte: 27,4% Teile für U-Boote, Fregatten, Flottenversorger und Unterwasserortungsgeräte: 19,8% Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Flinten, Rohrwaffen-Lafetten, Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Jagdgewehre, Selbstladebüchsen, Flinten, Sportpistolen: 16,7% Munition für Kanonen, Nebelwurfkörper, Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Mörsermunition, Granatpistolenmunition, Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 8,6%	14,73

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	<p>Triebwerke für Aufklärungsdrohnen und Teile für Hubschrauber, Trainingsflugzeuge, Triebwerke: 6,9%</p> <p>Schmiedestücke, Gussstücke und unfertige Erzeugnisse: 6,9%</p>	
2013	<p>Bildverstärkerausrüstung, Wärmebildausrüstung und Teile für Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung: 24,7%</p> <p>Kreisel, Testausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Zielortungsgeräte: 24,3%</p> <p>Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Repetierflinten, Rohrwaffenlafetten, Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportrevolver, Sportpistolen: 12,8%</p> <p>LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Löschfahrzeuge: 7,1%</p> <p>Munition für Haubitzen, Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Haubitzenmunition, Mörsermunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 6%</p> <p>Technologie für Munitionsteile, Periskopteile, Technische Unterlagen für Zielortungsteile, Prüfausrüstung, Landfahrzeugteile, Marineausrüstungsteile, Luftfahrtteile, elektronische Ausrüstung, Wärmebildsystemteile und Datenbanken: 4,5%</p> <p>Sandwichpanelen für Transportflugzeuge: 4,2%</p>	14,09
2014	<p>Munition für Haubitzen, Nebelwerfer, Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Granatmaschinenwaffenmunition, Granatpistolenmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 30,7%</p> <p>Teile für U-Boote, Fregatte, Schiffe und Unterwasserortungsgeräte: 28,5%</p> <p>Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohrwaffen-Lafetten, Mündungsfeuerbremsen, Waffenzielgeräte und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten, Rohrwaffen-Lafetten: 9,9%</p> <p>Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 5,3%</p> <p>Luftfahrtscheinziele und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung: 5%</p> <p>Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 4,5%</p>	22,17
2015	<p>Büchsenläufe, Laufrohlinge und Innenverkleidung für Flugzeuge: 19%</p> <p>Zielentfernungsmesssysteme, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielortungsgeräte: 17,3%</p> <p>Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Nebelwerfer, Pyrotechnische Werfer, Granatpistolen, Granatmaschinenwaffen und Teile für Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 14,3%</p> <p>Software zur Herstellung von Munitionsteilen, Fertigungssoftware, Combat Management System Software, Software für U-Boot Sehrohr und Bildauswertesoftware: 13,4%</p> <p>Nachtsichtgeräte, Wärmebildgeräte und Teile für Wärmebildgeräte: 10,9%</p> <p>Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen, Zielfernrohre und Teile für Pistolen, Jagdgewehre, Sportrevolver: 7,6%</p>	19,54
2016	<p>Munition für Haubitzen, Granatpistolen, Granatmaschinenwaffen, Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Granatpistolenmunition, Granatmaschinenwaffenmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 53,3%</p>	62,71

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Wärmebildgeräte und Teile für Wärmebildgeräte: 13,2% Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 12,8% Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 7,4%	
2017	Teile für Baugruppen, Navigationsausrüstung und Stromversorgungen: 25,6% Herstellungsausrüstung und Prüfausrüstung für militärische Ausrüstung: 20% Wasserabfüllungssysteme in Containern: 15,5% Nachtsichtgeräte: 8,4% Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistole, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine, Mündungsfeuerbremsen, Waffenzielgeräte und Teile für Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportrevolver: 6,6% Technologie für Flugkörperteile, Torpedoteile, Periskopteile und Schiffsteile: 6,6%	17,59
2018	Teile für Kommunikationsausrüstung und Navigationsausrüstung: 30,0% Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Fregatten, Unterwasserortungsgeräte: 17,9% Luftfahrzeugscheinziele: 11,6% Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge: 8,6% Technologie für militärische Ausrüstung: 7,1% Zielentfernungsmesssysteme, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 6,7%	7,11
2019	Munition für Granatpistolen, Granatmaschinenwaffen, Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 26,2% Teile für Feuerleiteinrichtungen und Waffenzielgeräte: 19,5% Kanone und Teile für Kanonen: 18,2% Gussstücke und unfertige Erzeugnisse: 13,4% Helme, ballistische Schutzwesten und Schutzplatten: 6,1%	15,50
2020	Munition für Haubitzen und Teile für Haubitzenmunition, Mörsermunition, Granatpistolenmunition, Granatmaschinenwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 25,8% Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Batterieüberwachungen: 18,8% Teile für Infrarot-ausrüstung: 17,2% Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Magazine, Schalldämpfer, Rohrwaffen-Lafetten, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten: 9,0% Luftfahrzeugscheinziele und Teile für Flugkörper, Bodengeräte: 7,3% Zielortungsgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Radarausrüstung: 7,2%	11,65
2021	Jagdgewehre, Selbstladebüchsen, Wechselmagazine, Schalldämpfer, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre: 50,3% Justierausrüstung für U-Boot-Periskope und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 25,5% Teile für Wärmebild-ausrüstung: 9,8%	3,73
2022	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 43,5 %	7,31

Jahr Güter / in Prozent des Gesamtwertes

Gesamtwert

Teile für Kommunikationsausrüstung, Baugruppen und Batterieüberwachungs-ausrüstung: 32,2 %
 Jagdgewehre, Schalldämpfer und Teile für Revolver, Pistolen, Jagdgewehre: 9,1 %

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

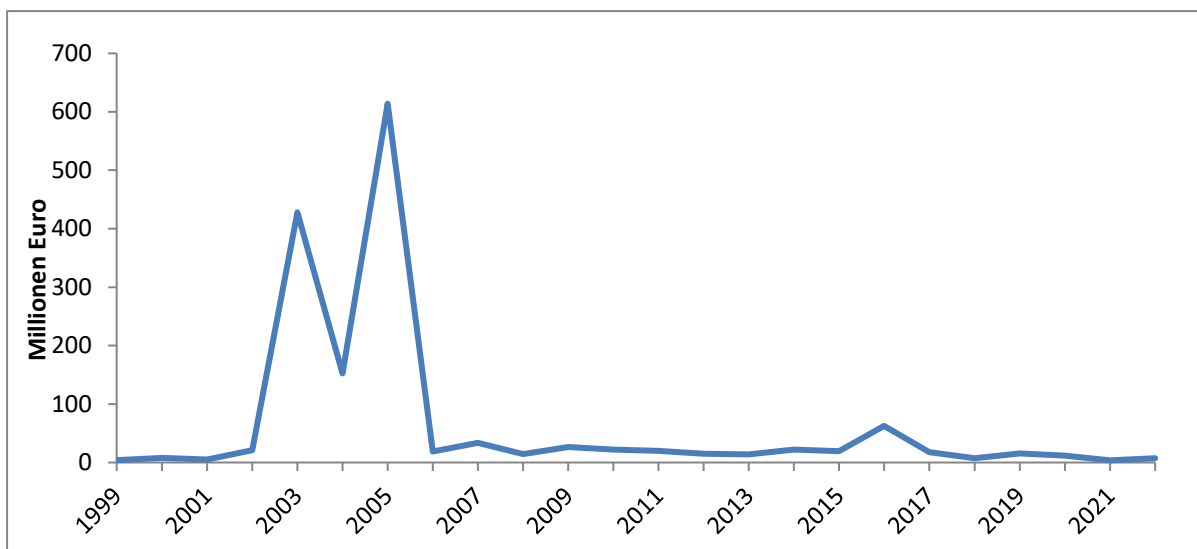


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Südafrika 2000-2022

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	MEKO-A200	Fregatte	1999	2006-2007	4	Geschäft über 924 Mio. Euro
4	Lindau/Type-320	Minenräumer	2000	2001	4	Gebraucht; Schenkung; zwei weitere für Ersatzteile geliefert
(80)	SUT	AS/ASW Torpedo	(2000)	2006-2008	(80)	Für Type-209 U-Boote; SUT-264 Version

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
3	Type-209/1400MOD	U-Boot	2000	2005-2008	3	Geschäft über 748 Mio. Euro
(25)	IRIS-T	Luft-Luft-Raketen	2008	2009	(25)	Für JAS-39 Kampfflugzeuge

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist traditionell kein wichtiger Rüstungslieferant für Südafrika. Zwischen 2001 und 2005 kam es jedoch zu einem kurzfristigen erheblichen Anstieg der Lieferungen. Nach Angaben der Bundesregierung war Südafrika 2003 nach Malaysia der zweitwichtigste, 2004 und 2005 sogar der wichtigste Abnehmer deutscher Rüstungswaren weltweit, gemessen an den Genehmigungen nach Außenwirtschaftsgesetz. Dies geht auf eine Entscheidung der Regierungspartei African National Congress (ANC) unter Präsident Thabo Mbeki zurück, die nach langen Verhandlungen im Dezember 1999 ein Rüstungsgeschäft mit Firmen der Europäischen Union im Wert von 44 Milliarden Rand (ca. 7 Milliarden Euro) abgeschlossen hatte. Das mit Hermeskonten abgesicherte Geschäft beinhaltet die Lieferung von 24 Hawk Kampfflugzeugen der British Aerospace, 28 Gripen-Kampfflugzeugen der schwedischen Firma Saab, 30 Hubschraubern des italienischen Agusta-Konzerns sowie vier A200 Fregatten und drei U-Booten aus deutscher Produktion (Type-209/1400 MOD). Die Fregatten wurden von einem Konsortium bestehend aus der Thyssen-Werft Blohm & Voss, der Preussag-Tochter Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) und der Thyssen Rheinstahl hergestellt, die U-Boote von einem Konsortium der Howaldtswerke, der Thyssen Nordseewerke und der Ferrostahl AG.

Seit dem Bekanntwerden dieses für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich großen Waffengeschäftes hatte sich sowohl auf internationaler Ebene als auch in Südafrika selber eine Vielzahl von kritischen Stimmen zu Wort gemeldet. Einerseits stehen die hohen Rüstungsausgaben im Widerspruch zu den nach wie vor großen Entwicklungsproblemen im Land, zumal eine realistische externe Bedrohung Südafrikas nicht festzustellen ist. Ein tatsächlicher Gewinn für das Wirtschaftswachstum durch mit dem Waffendeal einhergehende Offset-Investitionen darf bezweifelt werden. Andererseits wurde das Rüstungsgeschäft anscheinend von einem Korruptionsskandal begleitet. Berichten verschiedener NGOs zufolge zahlten die an dem Geschäft beteiligten deutschen Firmen Schmiergelder an ANC-Entscheidungsträger:innen.

Seit 2005 bewegen sich die deutschen Rüstungsexporte wieder auf einem eher geringen Niveau. Bei den Lieferungen handelt es sich häufig um Ersatzteile für U-Boote und Korvetten, Ersatzteile für gepanzerte Fahrzeuge sowie Kommunikations- und Zielortungstechnologie. In den Jahren 2006 bis 2007 hat Deutschland drei Fregatten im Gesamtwert von 924 Mio. Euro nach Südafrika geliefert sowie 2009 mehrere IRIS-T Luft-Luft-Raketen.

2020 hat die deutsche Bundesregierung Rüstungsexporte nach Südafrika im Wert von rund 11,65 Mio. Euro genehmigt. Mit Verweis auf die nationale Politik und Kriterium 7 (Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr) des Gemeinsamen Standpunktes der EU wurden jedoch auch insgesamt vier Ausfuhren von Rüstungsgütern abgelehnt. Großwaffensysteme wurden seit 2008 keine mehr genehmigt. 2022 wurden Rüstungsexporte im Wert von rund 7,31 Mio. Euro genehmigt und kein Antrag abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Südafrika 2018-2022, Mio. TIV¹

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	-	-	-	-	30	30

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Südafrika 2018-2022, Mio. TIV

Da Deutschland in diesem Zeitraum keine kompletten Großwaffensysteme nach Südafrika geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juni 2023) nahm Südafrika zwischen 2018 und 2022 die 114. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein (2016 – 2020 lag es an 176. Stelle, für die dazwischenliegende Fünfjahresperiode finden sich keine Daten).

In den letzten fünf Jahren hat Südafrika, SIPRI zufolge, ausschließlich im Jahr 2022 ein von drei geordneten Stan Patrol 6221 (Inshore Patrouillenboote) von der niederländischen Damen Shipyards (Damen Group) erhalten. Die Boote werden unter Lizenz von der Damen-Shipyards-Niederlassung in Kapstadt (DSCT) gebaut und sind Teil des „Projekt Biro“, welches auf die Verbesserung der Patrouillenfähigkeit der südafrikanischen Marine abzielt. Die zwei weiteren Schiffe sollen bis 2024 ausgeliefert werden.

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Die wichtigsten Rüstungslieferanten Südafrikas waren lange Zeit vor allem die Länder der Europäischen Union, insbesondere Schweden. Hauptbestandteil der südafrikanisch-schwedischen Kooperation war der Import von 17 Mehrzweckkampfflugzeugen des Typs JAS-39C Gripen, die zwischen 2010 und 2012 geliefert wurden. Die Lieferung war Teil eines Geschäfts über 1,2 Mrd. US-Dollar. Ein weiterer jüngerer Rüstungskauf Südafrikas umfasst 20 tragbare Boden-Luft-Raketen vom Typ Starstreak, die Großbritannien 2015 nach Südafrika exportierte und von denen zwischen 2010 und 2012 bereits 82 Stück geliefert worden waren. Von Finnland wurde 2013 eine Lizenz zur Produktion von 200 Schützenpanzern (südafrikanische Bezeichnung: Badger) an Denel vergeben. Diese sollten vermutlich die Ratel-Schützenpanzer des südafrikanischen Heeres ersetzen. Die unter dem Projekttitel „Hoefyster“ laufende Produktion wies aber eine Reihe von Problemen auf und bis 2022 wurde kein Schützenpanzer ausgeliefert. Zeitweise wurde diskutiert, ob das Projekt eingestellt werden soll, derzeit ist somit unklar, ob das Projekt zu Ende geführt wird, oder ob stattdessen die Ratel-Fahrzeuge modernisiert werden sollen.

Deutsche Firmen spielten in der Vergangenheit eine besonders herausragende Rolle im Modernisierungs- und Beschaffungsprogramm der südafrikanischen Marine. So wurden 1999 und 2000 mehrere bedeutende Lieferungen von deutschen Fregatten und U-Booten nach Südafrika vereinbart, welche 2005 bis 2007 stattfanden.

Allgemein ist in Südafrika zu beobachten, dass sich die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern auf die nationale Industrie konzentriert. So werden Firmen aus Südafrika, die sich teilweise in südafrikanischem Besitz oder in Südafrika angesiedelt haben, bei den Ausschreibungen präferiert. 2014 wurde beispielsweise ein Vertrag über die Produktion von 233 lokalen AMV-Varianten abgeschlossen. 2016 wurde bekannt, dass Denel eine Minen-widerstehende und Hinterhalt-geschützte Fahrzeugserie (MRAP) entwickelt hat, wofür die südafrikanischen Streitkräfte offenbar Interesse bekundet haben.

Im Oktober 2014 bestätigte der südafrikanische Verteidigungsminister, dass Südafrika bestrebt ist, einen Militärsatellit anzuschaffen. Die NASA berichtete 2014 es handele sich hierbei um einen russischen Satelliten des Typs Kondor-E. Derweil wurde der Aufklärungssatellit in Dienst gestellt. Südafrika und Indien gaben im Juli 2016 bekannt, dass sie in der Zukunft vermehrt bezüglich des Rüstungshandels zusammenarbeiten werden. 2017 folgte ein Memorandum of Understanding zwischen Pakistan und Südafrika zur verstärkten Rüstungs- und Rüstungsindustriekooperation.

Militärausgaben

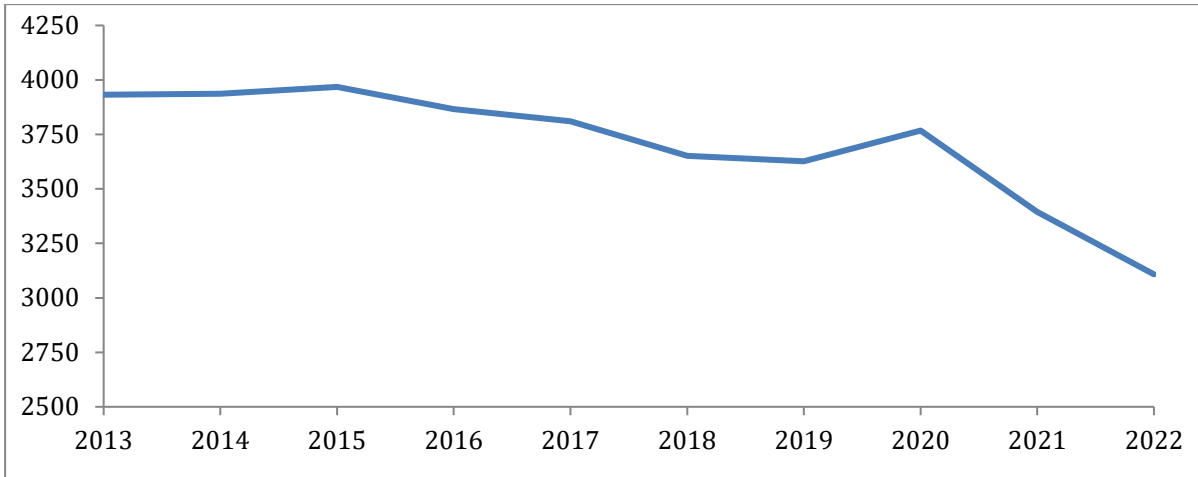
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3651	3627	3767	3394	3108
Anteil am BIP (in Prozent)	0,9	0,9	1,0	0,8	0,7
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	3,0	2,8	2,8	2,4	2,2

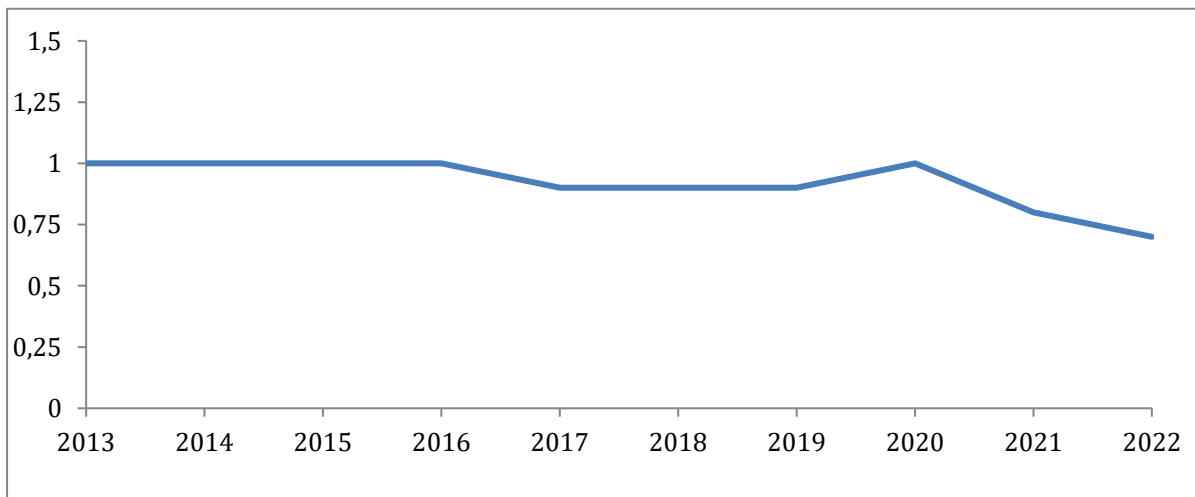
Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 2
Absolute Militärausgaben, Trend 2013 – 2022 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2021.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2013 – 2022 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Bereits in den frühen 1960er Jahren initiierte die regierende *National Party* (NP) erfolgreich den ehrgeizigen Aufbau einer fortschrittlichen Rüstungsindustrie in Südafrika. Diese Anstrengungen wurden nach der Resolution des UN-Sicherheitsrates von 1963, welche Rüstungsexporte nach Südafrika einzuschränken versuchte, weiter verstärkt. Ende der 1960er Jahre und Anfang der 1970er Jahre hatte sich Südafrika durch eine Vielzahl von geschickten Technologietransfers, vor allem aus Großbritannien, sowie durch den Erwerb von mindestens 127 ausländischen Produktionslizenzen für meist deutsche, italienische, israelische, französische, belgische und kanadische Waffensysteme das nötige Know-How angeeignet, um auch nach dem verbindlichen Waffenembargo von 1977 das staatliche Waffenarsenal stetig modernisieren zu können bzw. Ersatzteile selbst anzufertigen. Viele selbst produzierte Waffensysteme in den 1980er Jahren waren im Wesentlichen verbesserte Kopien älterer, meist west-europäischer Modelle. 1968 wurden große Teile der Rüstungsindustrie in der sogenannten *Arms Development and Production Corporation* (Arm Scor) zusammengefasst, die fortan eine Schnittstelle zwischen dem staatlich-kontrollierten und privaten, kommerziellen Bereich des militärisch-industriellen Komplexes in Südafrika bildete. So hat zum Beispiel die für Verkauf und Marketing zuständige Abteilung von Arm Scor, Nimrod, trotz des 1984 von der UN verhängten Einkaufsverbotes von Rüstungsgütern aus Südafrika bis zum Ende des Apartheid-Regimes regelmäßig an internationalen Waffenausstellungen teilgenommen, vor allem in Chile und der Türkei. Es wird geschätzt, dass Südafrika im Zeitraum zwischen 1984 und 1988 Waffen im Wert von ca. 273 Millionen US-Dollar exportierte.

Als Folge der Kürzungen von Militärausgaben in den frühen 1990er Jahren hat auch die südafrikanische Rüstungsindustrie einen Umstrukturierungsprozess durchmachen müssen, der sich vor allem in der Privatisierung von ehemals staatlichen Betrieben zeigte. Beispielsweise ging 1992 aus einem großen Teil von Arm Scor die Firma Denel hervor. Die post-Apartheid Regierung hat allerdings zunächst keine Versuche unternommen, den militärisch-industriellen Komplex des Landes zu verkleinern. Vielmehr wird er auch von der neuen Regierung als ein wichtiger, potenziell sehr lukrativer und viele Arbeitsplätze sichernder Wirtschaftszweig wahrgenommen. Laut einer [Studie](#) des Bonner Friedens- und Konfliktforschungsinstitutes BICC aus dem Jahr 2000 war die Umstrukturierung bzw. Förderung der Rüstungsindustrie weitgehend gescheitert. Dort heißt es: „Die Umstrukturierungsstrategien haben zu massivem Abbau, nachlassender Produktivität, schwindender Profitabilität und einem Verlust bzw. einer Verschwendung der knappen menschlichen, finanziellen und technologischen Ressourcen geführt.“ Es mussten zahlreiche, sehr ambitionierte heimische Rüstungsprojekte gestrichen werden, die Regierung und die Unternehmen sahen sich nach einigen Jahren gezwungen, Arbeitsplätze abzubauen sowie eine grundlegende Neuausrichtung der Rüstungsindustrie einzuleiten. Viele der Unternehmen sahen sich im Zuge des Umstrukturierungsprozess gezwungen, zu fusionieren oder ihre Produktion aufzugeben. Inzwischen ist die Anzahl der Rüstungsunternehmen drastisch gesunken. Um das Jahr 2001 spielte sich zudem im Rahmen eines Rüstungsdeals zwischen Südafrika und der französischen Waffenfirma Thomson (heute Thales) ein Korruptionsskandal ab. Der Finanzberater des damaligen Vizepräsidenten Jacob Zuma, Schabir Shaik, nahm Schmiergeldzahlungen des Konzerns entgegen und bezahlte Zuma für seine politische Unterstützung. Shaik wurde aus diesem Grund 2005 zu 15 Jahren

Gefängnis verurteilt, das Verfahren gegen Zuma wurde mehrfach fallen gelassen und wieder aufgenommen – zuletzt wurde das Verfahren 2021 wieder eröffnet.

Mit den veränderten Rahmenbedingungen begannen die südafrikanischen Rüstungsunternehmen, sich auch wieder verstärkt auf den Export zu konzentrieren. Eine weitere Strategie war die Kooperation mit internationalen Unternehmen, wie etwa mit Turbomeca aus Frankreich oder Saab aus Schweden, die beide signifikante Anteile an südafrikanischen Firmen halten. Interessanterweise konnte erst mit der Jahrtausendwende und mithilfe der oben angesprochenen massiven Rüstungsimporte, im Zuge derer es auch zu Technologietransfer kam, die Rüstungsindustrie stabilisiert werden. Die nun hergestellten Produkte sind inzwischen wieder auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig und werden zunehmend wieder exportiert. Zwischen 2013 und 2022 lag Südafrika an der 21. Stelle der weltweiten Rüstungsexporteure. Dennoch bedarf es umfassender Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung seitens der Regierung, was angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme als schwierig erscheint, oder einer technologisch gut aufgestellten zivilen Industrie, um der ungewissen Zukunft der Rüstungsindustrie entgegenzuwirken. Das Abkommen zur Benutzung des firmeneigenen OTB-Geländes für Flug- und Waffentests zwischen dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und der Rüstungsfirma Denel zeugt von der internationalen Kooperation südafrikanischer Rüstungsunternehmen.

Seit 2008 betreibt Rheinmetall mit Denel ein Joint-Venture (Rheinmetall Denel Munition), an dem der deutsche Konzern 51 Prozent der Firmenanteile hält. Denel selbst verzeichnet seit einigen Jahren zunehmende Verluste, sodass erneut eine tiefgreifende Reform des Unternehmens angestrebt und der Verkauf von Staatsunternehmen – zuletzt auch wegen düsteren finanziellen Aussichten aufgrund der COVID-19-Pandemie – diskutiert werden. Die südafrikanische Rüstungsindustrie allgemein und der Branchenriese Denel im Speziellen leiden unter dem geringen Etat der eigenen Streitkräfte. So wurde für 2021 eine Budgetkürzung von 14,5 % für den Verteidigungshaushalt angekündigt und 2022 sanken die Verteidigungsausgaben erneut. Zudem brachen die Einnahmen von Rheinmetall Denel Munitions' (RDM) nach dem Exportstopp an die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien ab 2019 ein. Im Jahr 2018 ging noch rund ein Drittel aller Exporte aus Südafrika in die beiden Länder. Dennoch ist die Rüstungsindustrie Südafrikas eine der stärksten auf dem Kontinent.

In 2020 unterzeichneten das südafrikanische Beschaffungsamt für Rüstungsgüter Armscor einen Vertrag mit der britischen Defence Equipment Sales Authority (DESA). Dieser sieht vor, dass Südafrika als Hub zum Verkauf, der Instandhaltung und der Aufrüstung von gebrauchten britischen Rüstungsgütern auf dem afrikanischen Kontinent wird.

Mit Blick auf die Süd-Süd-Zusammenarbeit im Rüstungs- und Verteidigungsbereich sind auch Indien und Brasilien wichtige Kooperationspartner für Südafrika. So arbeiten Brasilien und Südafrika beispielsweise im Rahmen des A-Darter-Projekts bei der Herstellung und Erprobung von Luft-Luft-Raketen zusammen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

74.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 38.000

Marine: 6.650

Luftwaffe: 9.800

South African Military Health Service: 7.300

Andere Einheiten: 12.250

Reserve: 15.050

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	62,1	67,2	67,1	66,4	65,4	74,8	74,5	74	74
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,3	1,3	1,2	1,2

Quellen: IISS Military Balance, 2015-2023, World Bank

Kommentar

Die 1994 gebildeten südafrikanischen Streitkräfte (*South African National Defense Force*: SANDF) sind in vier Truppengattungen aufgeteilt: Das Heer (*South African Army*), Luftwaffe (*South African Air Force*), die Marine (*South African Navy*) und den Sanitätsdienst (*South African Medical Health Service*). Sie unterstehen dem Verteidigungsministerium, das von einer zivilen Führung geleitet wird. Im Vergleich zu anderen Streitkräften des südlichen Afrikas, verfügt die SANDF über relativ hochentwickelte Waffensysteme. Eine Vielzahl der von der SANDF benutzten Waffensysteme sind entweder in Eigenproduktion entstanden oder selbst durchgeführte Kampfwertsteigerungen älterer ausländischer Modelle meist westlichen Ursprungs.

Nach dem Ende des Apartheid-Regimes und den ersten freien Wahlen 1994 wurde das Militärbudget zunächst drastisch reduziert, die bis dahin gültige Wehrpflicht abgeschafft und das Atomwaffenarsenal zerstört. Eine [Studie](#) des BICC aus dem Jahr 2000 attestiert diesem Abrüstungsprozess trotzdem das Fehlen einer „eindeutigen, allumfassenden Konversionsstrategie“. So sind zum Beispiel viele freiwerdende Geldmittel schlicht verschwunden. Überschüssige Waffen wurden vorwiegend exportiert statt vernichtet. In den letzten Jahren wurde allerdings eine neue Politik zum Umgang mit Überschusswaffen eingeführt und insbesondere Kleinwaffen in großer Menge zerstört.

Die von einem britischen Militärteam unterstützte Vereinigung der verschiedenen unabhängigen, teilweise verfeindeten Armeen und bewaffneten Befreiungsbewegungen in die SANDF war nach anfänglichen Schwierigkeiten ein gewisser Erfolg. Allerdings führte dieser Prozess nicht zur Bildung neuer militärischer Strukturen. Einige Beobachter:innen sprechen deshalb eher von einer Absorption der kleineren Guerillagruppen in die sehr viel größere *South African Defense Force* (SADF) des Apartheid-Staates als von einer tatsächlichen Integration beider Streitkräfte.

Im vergangenen Jahrzehnt scheint der Abrüstungstrend der 1990er Jahre wieder in einen Prozess der Remilitarisierung umgeschlagen zu sein. Die zeitweise steigenden Militärausgaben und größeren Beschaffungsvorhaben, die 2013 zu stagnieren begannen, waren zwar laut Aussagen der südafrikanischen Regierung nichts weiter als eine dringend erforderliche „Modernisierung“ der Streitkräfte, für viele Expert:innen handelte es sich aber vielmehr um eine Aufrüstung hin zu militärischen Kapazitäten, vergleichbar mit denen während der Apartheid. Dieser Trend kehrte sich in den letzten Jahren jedoch erneut um; aufgrund von Finanzierungsengpässen und gekürzten Mitteln konnten die (ambitionierten) Modernisierungspläne nicht eingehalten und die Wartung und der Ersatz alternierender Gerätschaften konnten nicht umgesetzt werden. So definiert der Strategieplan 2020-2025 des Verteidigungsministeriums als wichtigstes Ziel, den Rückgang militärischer Fähigkeiten und Ausrüstung aufzuhalten. Ein Jahresbericht (2020/2021) wies jedoch erneut auf Finanzierungsengpässe hin, die dies behindern.

Vorstellungen einer „ethischen Außenpolitik“ sind, nicht zuletzt auch aufgrund der zum Teil instabilen Situation in der Region, realpolitischen Sicherheitserwägungen und nationalen Machtkalkülen gewichen, in denen das Militär zunehmend als ein Instrument der Außenpolitik begriffen wird. Zum einen gibt es die Furcht vor einer unkontrollierbaren Migration aus den vergleichsweise armen Nachbarländern, wie Mosambik und dem krisengebeutelten Simbabwe. Zum anderen gehen die Aufgaben der SANDF aber inzwischen weit über die bloße Landesverteidigung hinaus. Die militärische Intervention in Lesotho sowie die Beteiligung der SANDF an der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo oder der kürzlich erfolgten Intervention der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) im benachbarten Mosambik sind Belege dafür, dass Südafrika seine regionale Hegemonialstellung auch durch den Einsatz von Militärkräften in benachbarten Ländern zu festigen versucht, vor allem im Kontext von „friedensschaffenden“ oder „friedenserhaltenden“ Maßnahmen. So ist Südafrika zurzeit maßgeblich an der Bildung einer grenzübergreifenden „Friedenstruppe“ im Rahmen der Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika (SADC) beteiligt und entsendete 2021 im Rahmen der SADC 1.500 Soldat:innen nach Mosambik. Ebenso leistete Südafrika einen wichtigen Beitrag zu der „African Standby Force“ der übergeordneten Afrikanischen Union (AU). Tatsächlich besitzt im südlichen Afrika nur Südafrika die technische und militärische Kapazität zur Bereitstellung von Kriseninterventionskräften.

Parallel zu der Projektion militärischer Kapazitäten nach außen kommt der SANDF aber auch eine immer wichtigere Rolle im Inneren zu, insbesondere bei der Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung von Gewaltkriminalität. 2021 wurden sie zudem zur Bekämpfung interner Unruhen eingesetzt (siehe auch das Kapitel [„Rolle des Militärs in der Gesellschaft“](#)).

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	157	Davon 133 Olifant 1B eingelagert
Schützenpanzer	534	Ratel-20, -60 und -90
Spähpanzer	176	Davon 126 Rooikat-76 eingelagert
Gepanzerte Mannschaftstransporter	810	Casspir, Mamba
Bergepanzer	Einige	Gemsbok
Brückenlegepanzer	Einige	Leguan
Minenräumer	Einige	Husky
Artillerie	1392	Davon 152 eingelagert
Panzerabwehr	Einige	u. a. Milan ADT/ER
Luftabwehr	76	Anzahl der Geschütze; davon 36 eingelagert; zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen
Drohnen	Bis zu 4	Aufklärungsdrohnen (Vulture)

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Kommentar

Auffällig ist, dass die Waffensysteme des Heeres fast ausschließlich selbst produziert wurden. Grund hierfür war das internationale Waffenembargo gegen Südafrika von 1977 bis 1994. Trotzdem sind viele Systeme Kopien von meist westlichen Modellen. So basiert der Olifant Kampfpanzer beispielsweise auf dem britischen Centurion. 2003 beauftragte Armscor, die staatliche Beschaffungsorganisation des Verteidigungsministeriums, die südafrikanische Firma Alvis OMC mit der Kampfwertsteigerung der Kampfpanzer und der gepanzerten Fahrzeuge vom Typ Casspir. Der Vertrag zur Modernisierung der Panzer umfasste einen Wert von ca. 17 Millionen US-Dollar. Eines der wohl ehrgeizigsten Modernisierungsprojekte im Heer betraf allerdings die veraltete Luftabwehr. Im Rahmen des mit ca. 117 Millionen US-Dollar geförderten „Ground Based Air Defence System“ Programms wurden 2003 zwei Luftradarsysteme aus den Niederlanden, sowie 2008 82 Starstreak Boden-Luft-Raketen aus Großbritannien bestellt, von denen 2015 20 weitere geliefert wurden. Das Heer sollte in Zukunft besondere Aufmerksamkeit im Rahmen eines umfassenden Modernisierungsprogramms erfahren, in dem der besondere Schwerpunkt auf leichten und mobilen Kräften, Luftlandetruppen sowie Aufklärungs- und Ingenieurskräften liegt, um den internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Mit Denel Land System

wurde ein Vertrag zur Produktion von 238 südafrikanischen Modellen des Mehrzweckmilitärfahrzeuges Patria AMV (genannt „Badger“) in fünf verschiedenen Variationen abgeschlossen, nachdem Ende 2013 fünf Vorproduktionen erfolgreich getestet wurden. Die Lieferung soll 2022 beginnen, die ersten 16 Modelle sollen in Finnland produziert werden. Ursprünglich war die Anschaffung von 264 Fahrzeugen geplant, was auch, sofern in der Zukunft genug finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, langfristig weiterhin angestrebt wird. Die Zukunft dieses Projektes ist aufgrund der Finanzierungsschwierigkeiten derzeit jedoch ungewiss – zur Diskussion steht auch die Alternative der Modernisierung der Ratel-Schützenpanzer.

Mit dem Rückzug aus dem Projekt A400M wird sich Südafrika nach anderen Optionen umschauen müssen, um die Lufttransportkapazitäten und -fähigkeiten auszubauen.

2009 gab das südafrikanische Heer bekannt, dass bei dem Projekt „Warrior“ zur Modernisierung der Ausrüstung als Antwort auf die vermehrte Beteiligung der Streitkräfte an multinationalen Einsätzen die Aufrüstung des Sturmgewehrs R-4 oberste Prioritäten hat. Den Auftrag dazu bekam der südafrikanische Rüstungskonzern Denel.

Grundsätzlich werden die umfassenden Modernisierungspläne des Militärs seit einigen Jahren allerdings nicht getroffen und starke Budgetkürzungen in den letzten Jahren untergraben die Vorhaben. Einige Programme sind daher stark verzögert und es wird vermutet, dass auch die Ausbildung der Streitkräfte zunehmend darunter leidet. Auch aufgrund der COVID-19 Pandemie wurden wieder Budgetkürzungen für das Militär angekündigt.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	Ein weiteres U-Boot soll seit 2014 nachgerüstet werden
Fregatten	4	
Patrouillenboote	6	Zwei davon in Reserve
Minenboote	4	Eines davon in Reserve
Logistik und Unterstützung	2	

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Obwohl kein anderes Land des südlichen Afrikas über eine nennenswerte Flotte verfügt, die eine ernsthafte Bedrohung für Südafrika darstellen könnte, strebt die südafrikanische Marine seit einigen Jahren ein aufwendiges Modernisierungs- und Beschaffungsprogramm an. Als Grund hierfür wird vor allem der illegale Fischfang durch ausländische „Trawler“ in Südafrikas Küstengewässern angegeben. Die wichtigsten Beschaffungen sind zum einen vier Einheiten des Korvetten-Typs MEKO A-200, die zwischen 2001 und 2004

aus Deutschland nach Südafrika geliefert wurden, um dort mit Waffen- und den dazugehörigen Elektroniksystemen ausgerüstet zu werden. Alle Korvetten wurden in Simons Town durch ein Konsortium bestehend aus African Defence Systems und Thales Naval France mit Waffen- und Elektroniksystemen ausgerüstet und anschließend in Dienst gestellt. Hergestellt wurden die Korvetten von dem *European South African Corvette Consortium* (ESACC), dem neben der *German Frigate Consortium* (Blohm & Voss, Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Thyssen Rhein Stahl Technik) auch die Firmen Thales Naval (Frankreich) und African Defence Systems (Südafrika) angehören. Zum anderen unterzeichnete die südafrikanische Regierung am 12. Juli 2000 mit der *German Submarine Consortium* (Howaldtswerke Deutsche Werft AG, Nordseewerke GmbH, Ferrostahl AG) einen Vertrag zur Herstellung und Lieferung von drei U-Booten der Klasse 209/1400-mod. Der Auftrag hatte ein Gesamtvolumen von 837 Millionen Euro. Das erste Boot wurde im November 2005 in Kiel an Südafrika übergeben und wurde 2006 in Dienst gestellt. Die beiden anderen Boote folgten im Abstand von jeweils einem Jahr. Eines davon befindet sich seit 2014 in Nachrüstung, welche aufgrund von mangelnder Finanzierung nicht abgeschlossen werden kann (Stand 2023). Neben Produktion und Lieferung wird das Konsortium die südafrikanische Marine auch mit Training, Logistik und Simulationstechnik unterstützen. Die für Südafrika bestimmten Neuanfertigungen der Klasse 209 U-Boote ersetzen drei veraltete U-Boote der Daphne-Klasse, die in den 1960er Jahren in Frankreich hergestellt und 1970/71 nach Südafrika ausgeliefert wurden. Neuere Beschaffungsvorhaben sehen vor, im Rahmen des „Projekt Biro“ drei Küstenpatrouillenbooten (OPV) und drei Patrouillenbooten für die Küstennähe (IPV) anzuschaffen, um veraltete Schiffe zu ersetzen. Im Juli 2015 nahm die südafrikanische Marine hierzu zudem zwei Imvubu-Schlepper in Empfang. Die genannten OPV wurden 2018 in den Niederlanden bestellt und sollten unter Lizenz in Südafrika produziert werden (durch die Damen Shipyards Cape Town). Die Auslieferung sollte ursprünglich bis Ende 2021 geschehen, das erste Boot wurde 2022 ausgeliefert.

Hinzu sollen im Rahmen des „Project Millennium“ ein bis zwei amphibische Angriffsschiffe (LHD) angeschafft werden, die Helikopter und Landungsboote transportieren können. Des Weiteren plante die Marine vor, bis zum Finanzjahr 2017/18 das Upgrade ihres statischen Kommunikationssystems beendet zu haben, bis zum Finanzjahr 2019/20 die Lieferung eines hydrographischen Vermessungsschiffes entgegen nehmen zu können. Dieses Vermessungsboot wurde 2020 übergeben. Prioritär behandelt wird jedoch die Auswechslung des veralteten Torpedobestandes für die U-Boote.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	24	Die meisten inoperabel
Ausbildungsflugzeuge	59	Davon 24 Hawk Mk120 kampffähig
Transportflugzeuge	32	Davon 9 Cessna 208 im Lager; 4 Passagierflugzeuge

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Kampfhubschrauber	11	
Mehrzweckhubschrauber	4	
Transporthubschrauber	69	
Raketen	Einige	u. a. IRIS-T

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Kommentar

Wie die anderen Truppengattungen auch, konnte die südafrikanische Luftwaffe zwischen 1977 und 1994 ihre Waffensysteme nur in eigener Herstellung modernisieren. So wurde beispielsweise aus dem älteren französischen Abfangjäger Mirage III in den 1980er Jahren der Cheetah Jäger. Ähnlich wie die Marine versucht allerdings auch die Luftwaffe seit Ende der 1990er Jahre, ihren durch das internationale Waffenembargo verursachten Rückstand durch umfangreiche Beschaffungen zu kompensieren. Dazu wurden 1999 zunächst 24 Hawk-100 Jäger aus Großbritannien beschafft, die mittlerweile allerdings nur noch als Trainingsflugzeuge genutzt werden. Im selben Jahr bestellte Südafrika ebenfalls 26 Gripen Kampfflugzeuge aus Schweden, deren Auslieferung im Jahr 2008 begann. Im Zusammenhang mit dem Geschäft wurden 2011 Schmiergeldzahlungen von Saab über ihren Partner BAE Systems bestätigt. Gegenwärtig befinden sich 115 Flugzeuge im Dienst der südafrikanischen Luftstreitkräfte. Vier Super Lynx Hubschrauber zur U-Boot Bekämpfung – ausgerüstet mit dem US-amerikanischen Luftraumradarsystem AN/APS-143 – wurden 2003 für 107 Millionen US-Dollar aus Großbritannien bestellt und 2007 geliefert. Im April 2005 hatte die südafrikanische Regierung acht A400M Transportflugzeuge bestellt. Der Auftrag wurde jedoch inzwischen aufgrund anhaltender Entwicklungsschwierigkeiten bei EADS laut Berichten storniert. 2012 kündigte die französische Firma Thales einen mehrjährigen Vertrag mit der südafrikanischen Luftwaffe an. Teil des Übereinkommens war die Unterstützung verschiedener Avionikausrüstungen von mehreren Flotten der Luftwaffe, wie z. B. die Rooivalk Combat Helikopter, die Hawk Lead-In Fighters sowie die Super Lynx Hubschrauber. Das Vertragsvolumen wurde nicht beziffert. 2013 wurden die letzten der insgesamt elf Rooivalk-Attack-Helikopter der südafrikanischen Firma Denel an die südafrikanische Luftwaffe geliefert. Allerdings fehlen der Luftwaffe bisher Präzisionswaffen für diese Helikopter. Insgesamt besitzen die Luftstreitkräfte 48 angriffsfähige Flugzeuge und 11 angriffsfähige Hubschrauber.

Box 2

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1.183 Soldat:innen

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die SANDF ging 1994 aus dem Zusammenschluss mehrerer Armeen und kleinerer bewaffneter Gruppen hervor, wobei die Gesamtstärke der Streitkräfte gegenüber der früheren SADF des Apartheid-Staates gleichzeitig um ca. 24.000 Stellen verkleinert wurden, nämlich von 79.400 in 1997 auf 55.700 in 2003. Ausgehend von den vom Verteidigungsministerium vorgegebenen Richtlinien wurden die SANDF wie folgt zusammengesetzt: 34,15 Prozent vormalige SADF Soldat:innen, 14,14 Prozent Kämpfer:innen des ehemaligen bewaffneten Arms der ANC (*Umkhonto We Sizwe*), 10,06 Prozent Soldat:innen der ehemaligen Bantustan-Armeen, 5,5 Prozent Ex-APLA Krieger:innen (*Azanian Peoples Liberation Army*) und 2,61 Prozent Ex-Milizen der Inkatha Freiheitspartei. Die übrigen 9,27 Prozent bestanden aus Soldat:innen, die der SANDF nach 1994 beigetreten waren.

Während der Aufbauphase der SANDF war es ein zentrales Anliegen, die Organisation der Streitkräfte nach demokratischen Grundprinzipien auszurichten. Zu diesem Zweck wurde die südafrikanische Armee zum ersten Mal in ihrer Geschichte einem parlamentarischen Kontrollkomitee unterstellt. Auch sollte die SANDF die verschiedenen in Südafrika beheimateten Volksgruppen repräsentativ widerspiegeln. So wurde die Rekrutierung von sowohl Frauen als auch von historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen ausdrücklich gefördert und durch Mindestquoten sichergestellt. Mindestens 50 Prozent der Soldat:innen müssen Schwarze und mindestens 30 Prozent Frauen sein. In der Tat scheinen diese Vorgaben erfüllt worden zu sein. Laut dem *Institute for Security Studies* (ISS) in Pretoria bestand die SANDF 1997 aus 47.000 Schwarzen Personen, 20.500 weißen Personen, 9.500 People of Color (PoC) und 959 asiatischen Personen. Außerdem waren 15.000 weibliche Soldat:innen Teil der SANDF.

Als Folge der südafrikanischen Militärreform Mitte der 1990er Jahre kam es erwartungsgemäß zu Spannungen und Konflikten zwischen den einzelnen, in der Vergangenheit teils verfeindeten Armeen und bewaffneten Gruppen. Diese fanden allerdings vor allem auf niedriger, nicht aber auf einer höheren politischen Ebene statt. Beispielsweise erschoss im September 1999 ein Schwarzer Leutnant und ehemaliges Mitglied der APLA sieben weiße Militärangehörige und seine Frau, weil er sich strukturell benachteiligt fühlte. Eine daraufhin eingeleitete Untersuchung kam zu dem Schluss, dass die SANDF von tiefsitzenden ethnischen Spannungen geprägt war.

In einem Bericht aus dem Jahr 2001 beziffert das südafrikanische Verteidigungsministerium die ethnische Zusammensetzung wie folgt: 61 Prozent Schwarze Personen, 26 Prozent Weiße Personen, 12 Prozent PoC und ein Prozent Asiat:innen. Während die Mehrzahl der Soldat:innen in der aktiven Truppe gemäß den demographischen Verhältnissen im Land aus Schwarzen besteht, werden die verschiedenen Reserveeinheiten allerdings nach wie vor von Weißen dominiert, nämlich 63 Prozent in der *Army Conventional Reserve* (72.600 Angehörige) und 70 Prozent in der *Army Territorial Reserve* (90.000 Angehörige). Ebenso ist das Offizierskorps, welches sich Mitte der 1990er Jahre unter dem als konservativ geltenden General Meiring lange gegen grundlegende Reformen auf höherer Militärebene gewehrt hat, nach wie vor überwiegend mit Weißen besetzt. Seit der vorzeitigen Entlassung von General Meiring wird es aber allem Anschein nach weniger von der alten SADF-Garde als vielmehr von ehemaligen MK-Offizier:innen sowie reformfreundlichen weißen Offizier:innen dominiert, wenngleich 2002 elf weiße Offizier:innen wegen Verdachts auf Vorbereitung eines Putsches verhaftet wurden. Insgesamt ist die Zahl der

Neurekrutierungen von weißen Bürger:innen aber zugunsten einer steigenden Zahl von nicht-weißen Bewerber:innen stark zurückgegangen.

2019 wurde die ethnische Zusammensetzung der SANDF wie folgt vom Verteidigungsministerium angegeben: 75% Schwarze Personen, 11 Prozent Weiße Personen, 1,3 Prozent indischer oder asiatischer Herkunft sowie 12,3 Prozent PoC. Die Geschlechterverteilung wird mit 70 Prozent Männern und 30 Prozent Frauen angegeben, womit die aktuelle Zielvorgabe eines Anteils von 40 Prozent weiblicher Soldaten nicht erreicht wird.

Zuletzt wurde das südafrikanische Militär auch im Innern des Landes eingesetzt, um Polizeikräfte zu unterstützen. So wurden ab März 2020 70.000 Soldat:innen eingesetzt, um den nationalen Lockdown durchzusetzen, der im Zuge der Covid-19 Pandemie verhängt wurde. Im Zuge des Einsatzes kam es schnell zu Berichten über exzessive, oft auch tödliche Gewalt, die von den Angehörigen der SANDF ausgingen. Zuletzt wurde das Militär bei Unruhen in den Provinzen Gauteng und KwaZulu-Natal eingesetzt, die im Juli 2021 nach der Verhaftung von Ex-Präsident Jacob Zuma ausbrachen. Insgesamt wurden 25.000 Truppen bei den Unruhen eingesetzt, bei denen 330 Menschen ums Leben kamen.

Bereits vor diesen Einsätzen war das Verhältnis zwischen Armee und Bevölkerung recht zwiespältig. Auf der einen Seite drückte eine gefährlich hohe Zahl in der Bevölkerungsbefragung des [Afrobarometers](#) wenig Ablehnung (35 % der Befragten) gegenüber einer Regierung unter Leitung des Militärs aus, zum anderen sank jedoch zuletzt das in das Militär gesetzte Vertrauen ab. So äußerten 20 % der Befragten überhaupt kein Vertrauen in die eigenen Streitkräfte zu haben.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	2,6	2,6	2,6	2,6	2,4

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Der *South African Police Service (SAPS)* besteht aus ungefähr 150.000 Polizist:innen sowie weiteren etwa 39.000 Angestellten (Stand 2022: 140.048 Mitglieder, 2012 umfasste sie noch 157.518). Der SAPS ist dem *Ministry of Safety and Security* unterstellt und in sechs Divisionen unterteilt. Die *Crime Combating and Investigation Division* ist verantwortlich für Informations- und Ermittlungsarbeit sowie für Drogendelikte, Diebstahl und vermisste Personen. Die *Visible Policing Division* ist für den Schutz von hochrangigen Politiker:innen und ausländischen Diplomat:innen zuständig und beinhaltet auch die *South African Police Service Special Task Force*. Diese Spezialeinheit ist unter anderem mit Maschinenpistolen des Typs MP5 und Pistolen des Typs USP von Heckler & Koch (H&K)

ausgestattet. Sie wird insbesondere bei Geiselnahmen und anderen Anti-Terror-Einsätzen genutzt. Die *Internal Stability Division* ist auf Aufstandsbekämpfung und Antidemonstrationseinsätze spezialisiert. Die *Community Relations Division* ist verantwortlich für die Einhaltung der Menschenrechte und Rechenschaftspflicht in allen Polizeieinheiten. Insgesamt hat die Polizei weiterhin mit Korruption zu kämpfen. Zwar hat es in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte gegeben und im Jahr 2007 wurde ein neuer Anti-Korruptionsplan in der Polizei eingeführt, dennoch gibt es weiterhin Berichte über Korruption. Diesen zufolge assoziiert die Gesellschaft die Polizei häufig mit einem besonders brutalen Vorgehen. Belegt wird dies durch zahlreiche Berichte, die mehrere tausend Beschwerden gegen Polizist:innen in den vergangenen Jahren aufzählen. Die *Supporting Services Division* ist für alle legalen, finanziellen sowie Verwaltungsangelegenheiten verantwortlich. Die *Human Resource Management Division* überwacht und koordiniert das Anwerben, die Ausbildung und das Training der gesamten SAPS. Die SAPS hat zudem auch eine fliegende Komponente und betreibt 51 Hubschrauber und Flugzeuge. Ausgestattet ist die südafrikanische Polizei teilweise mit G3 Sturmgewehre von H&K.

Im Zusammenhang mit der FIFA Fußball WM 2010 in Südafrika wurden die Ränge in der Polizei umgestellt und an die militärischen Ränge angeglichen. Zusammen mit dem harten Durchgreifen vor und während der WM 2010 schürte dies Befürchtungen einer Militarisierung der Polizei.

In Südafrika gibt es eine der größten privaten Sicherheitsindustrien der Welt. Dieser Umstand wird der zum Teil extremen Gewalt und den hohen Kriminalitätsraten zugeschrieben. Entsprechende Unternehmen bieten unter anderem Personenschutz, aber auch Schutz von Privat- und Firmenbesitz. Ein Großteil der Firmen (40 Prozent) ist in der Provinz Gauteng (also rund um Johannesburg und Pretoria) ansässig. Nach Angaben der Aufsichtsbehörde für private Sicherheitsdienste (PSIRA) aus dem Jahr 2022 ist die Nachfrage in den letzten zehn Jahren enorm gestiegen. Mit fast 2,7 Millionen registrierten und davon 586.042 aktiven Wachleuten übersteigt die Anzahl privater Sicherheitsdienstleister die Zahl von Polizist:innen fast um ein Verhältnis von 4:1. Die Polizei sieht sich daher einem zunehmendem Personalmangel ausgesetzt. Bei steigender Bevölkerungszahl und abnehmenden Personalzahlen verschiebt sich das Verhältnis von Polizist:innen zu Einwohner:innen zunehmend nach unten. Diesem Trend soll mit einer Aufstockung des Budgets entgegengewirkt werden: für 2023 sollen 9.800 und für 2024 nochmals 5.000 Personen eingestellt werden. Diese Neueinstellungen können eine weitere Abnahme aber nur geringfügig ausgleichen, da rund 6.000 Personen jährlich aus dem Dienst ausscheiden. Private Sicherheitsfirmen übernehmen daher zunehmend auch Aufgaben, die den staatlichen Kräften zufallen würden.

Das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung ist spätestens seit dem sog. Marikana Massaker belastet bei dem im August 2012 34 streikende Minenarbeiter:innen durch den South African Police Service (SAPS) erschossen wurden. Weitere 78 wurden bei dem Vorfall zum Teil schwer verletzt. Gegenüber dem [Afrobarometer](#) gaben 2018 ganze 40 % der Befragten an überhaupt kein Vertrauen in die eigene Polizei zu haben. Die brutale Umsetzung des Lockdowns 2020 dürfte noch eher dazu beigetragen haben, dass diese Zahl wieder gestiegen ist. Südafrika hat demnach ein immenses Problem in Bezug auf das Verhältnis zwischen Polizei und seinen Bürger:innen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Nicht kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Südafrika ist fast allen wichtigen internationalen Abrüstungsverträgen beigetreten. Auch dem Internationalen Waffenhandelsvertrag ist Südafrika beigetreten. Des Weiteren nimmt Südafrika eine führende Rolle in der Umsetzung der Anti-Personenminen-Konvention im subsaharischen Raum ein. Als ehemaliger Produzent und Exporteur von Anti-Personenminen stoppte es die Produktion 1995 und verbot den Export ein Jahr später. Restliche Minenvorkommen wurden bis 1998 vollständig zerstört (bis auf unter 1.000 Exemplare zu Forschungs- und Trainingszwecken zur Entschärfung). Südafrika ist zugleich ein wichtiger Hersteller von Minenräumungsgeräten.

Gegen Südafrika sind keine Sanktionen seitens der EU und der Vereinten Nationen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022**

South Africa is a multiparty parliamentary democracy that has constitutional power shared among the executive, judiciary, and parliamentary branches. In 2019 the country held a credible national election in which the ruling African National Congress won 58 percent of the vote and 230 of 400 seats in the National Assembly. In 2019 African National Congress President Cyril Ramaphosa was sworn in for his first full term as president of the republic.

The South African Police Service has primary responsibility for internal security. The police commissioner has operational authority over police. The president appoints the police commissioner, but the minister of police supervises the commissioner. The South African National Defense Force, under the civilian-led Department of Defense, also has domestic security responsibilities. There were reports that members of the security forces committed numerous abuses.

Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious government corruption; trafficking in persons; and crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons.

Although the government investigated, prosecuted, and punished some officials who committed human rights abuses or were accused of corruption, there were numerous reports of impunity.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022

<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/south-africa/>

Box 4**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023**

Incidents of gender-based violence and early pregnancy continued to increase. Climate change and state mismanagement of infrastructure exacerbated the impacts of two floods in KwaZulu-Natal province. People displaced by floods were unable to access medicine and healthcare while water supplies were disrupted. Sanitation conditions in public schools were poor. The number of households living in informal settlements increased. Operation Dudula, an anti-migrant movement, launched in three additional provinces. Xenophobic violence resulted in injury and loss of life. Police continued to

use excessive force in attempts to quell protests; the right to life and security of the person was violated. The authorities failed to ensure that the mining industry complied with standards to prevent human rights violations. There was an absence of legislation to hold government and corporate companies accountable to climate commitments..

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/5670/2023/en/>

Box 5

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023

Bewertung für Südafrika auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 46/60

Politische Rechte: 33/40

Gesamtbewertung: Frei (79/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

South Africa is a constitutional democracy. Since the end of apartheid in 1994, it has been regarded globally as a proponent of human rights and a leader on the African continent. However, reports of corruption among government officials often emerge, and in recent years, the ruling African National Congress (ANC) has been accused of undermining state institutions to protect corrupt officials and preserve its power as its support base has begun to wane. Gender-based violence is a severe challenge.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/south-africa/freedom-world/2023>

Kommentar

Südafrika ist allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die Verfassung Südafrikas enthält zudem einen umfassenden und modernen Menschenrechtskatalog („Bill of Rights“). Dennoch gibt es in einigen Bereichen zum Teil noch schwerwiegende Probleme. Dazu gehören unverhältnismäßige Gewaltanwendungen von Angehörigen des Sicherheitssektors, schlechte Zustände in den Gefängnissen, weit verbreitete familiäre Gewalt gegen Frauen und Kinder, Kinderarbeit und Kindesprostitution.

Exzessive Gewalt von Seiten der Sicherheitskräfte ist in Südafrika verbreitet. Das *Independent Police Investigative Directorate* (IPID), das eine unabhängige Überwachungsfunktion über die Polizei hat, hat in einem Bericht über die Jahre 2018 und 2019 angegeben, dass 393 Personen durch polizeiliche Handlungen getötet wurden, 214 Menschen in Polizeigewahrsam starben, 124 Menschen vergewaltigt und 270 Personen Opfer von Folter durch die Polizei wurden. Auch jüngere Berichte – etwa der [Jahresbericht 2021/2022](#) – zeigen vergleichbar hohe Zahlen.

Geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich der Anzahl an Femiziden, stellt das Land vor große Herausforderungen. So sorgte beispielsweise der Fall der Vergewaltigung und Ermordung der Studentin Uyine Mrwetyana aus Kapstadt im August 2019 für Aufsehen. Auf diesen folgten etliche weitere medial begleitete Fälle im Jahr 2019, in denen Frauen in mehreren Regionen des Landes verschwanden oder getötet wurden und die das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt in Südafrika verdeutlichten. Präsident Ramaphosa hat daraufhin angekündigt, die Regierung werde ihre Anstrengungen, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, erhöhen.

Daneben verweist Amnesty International auf das Ausmaß systematischer Gewalt gegen Geflüchtete, Asylsuchende und Migrant:innen in Südafrika. So wurden beispielsweise im März 2019 drei Menschen Opfer tödlicher, xenophober Gewalt, im September 2019 wurden 12 weitere Menschen in der Provinz Gauteng aus selbiger Motivation getötet. Hinzu kommt, dass des Öfteren Läden von Personen anderer Nationalität geplündert werden. Amnesty International betont hierbei, dass die Regierung in ihren Aussagen regelmäßig Geflüchtete, Asylsuchende und Migrant:innen in einen Kontext mit Kriminalität stellt und dabei versagt, das Problem von xenophober Gewalt im Land zu adressieren. Ein vorherrschendes Klima an Straflosigkeit für derartige Menschenrechtsverstöße leistet hierzu ebenfalls einen Beitrag.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Between 2019 and 2021, South Africa underwent political changes and reforms to the civil service, and experienced disappointing levels of socioeconomic development.

From the institutional side, the party system is also likely to undergo reform in the next few years. In 2020, the Constitutional Court ruled that a section of the Electoral Act that prohibits independent candidates from contesting elections without a partisan affiliation was unconstitutional and ordered parliament to amend the legislation to allow for independent candidates in the next two years. Electoral experts have conducted reviews and proposed alternatives to comply with the Constitutional Court's critique of the present legislation, but it remains to be seen what reforms will be proposed and accepted by parliament. Although it is unlikely that this amendment to the law will have any significant consequence for party politics or elections in South Africa, it is nevertheless a positive sign in a young democracy that there are possibilities to reform legislation to ensure equal opportunities to seek political office. The COVID-19 pandemic is the defining feature of this period, as it caused a colossal shock to the country's economy, health care system and society as a whole.

South Africa has been devastated by the pandemic. By January 2021, more than one million cases of COVID-19 have been confirmed; millions more people have lost their livelihoods, and tens of thousands have succumbed to the disease. The real number of COVID-19 related deaths is likely to be much higher, as more than 100,000 excess deaths were recorded in 2020, many of them attributable to COVID-19. South Africa has a high prevalence of tuberculosis, diabetes and HIV. COVID-19 placed an additional burden on the health care system. To limit the spread of the virus, South Africa proactively introduced a strict national lockdown, including an evening curfew, limiting the sale of particular goods and banning alcohol sales to conserve hospital capacity. As of January 2021, South

Africa had yet to begin vaccinating against COVID-19, although efforts are underway to procure vaccines.

The 2019 elections confirmed public support for the incumbent President Cyril Ramaphosa, who was inaugurated in 2018 after former President Jacob Zuma resigned prematurely. Zuma's early removal from office was caused by Ramaphosa's election as president of the governing African National Congress (ANC) party in 2017 and growing public dissatisfaction with his involvement in corruption allegations. Although most voters continued their support of the dominant ANC, which won its sixth successive free and fair election, the ANC's majority declined from 62% in 2014 to 58% in 2019. The ANC's vote share has declined in successive elections since its peak of 70% in 2004, as citizens have become increasingly frustrated at state corruption and the slow pace of socioeconomic development. The main opposition party, the liberal Democratic Alliance (DA), experienced its first decline in vote share, winning 22%, and the left-wing Economic Freedom Fighters (EFF) confirmed their status as the third-largest party, with 10%.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Südafrika 43 von 100 möglichen Punkten und landet im Ranking zusammen mit Benin, Bulgarien, Ghana und Senegal auf Platz 72 (2021: 44 Punkte; Platz 70). Deutschland liegt mit 79 Punkten auf Platz 9.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022>

Spannungen und innere Konflikte

In Südafrika gibt es zurzeit keine ernsthafte Bedrohung durch extremistische oder secessionistische Gruppen. Durch die Dominanz des ANC sind radikale politische Kräfte entweder isoliert oder durch Einbindung in die Regierungspartei kontrolliert und entschärft worden. Die frühere Unruheprovinz KwaZulu-Natal konnte durch eine gemeinsame politische Intervention der ANC und der *Inkatha Freedom Party* (IFP) weitgehend befriedet werden. Auch reformfeindliche Weiße und Buren sind größtenteils desillusioniert und haben sich aus der Politik zurückgezogen, wenngleich (latenter) Rassismus noch immer viele Bereiche der Gesellschaft durchzieht. Die 1995 eingerichtete „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (*Truth and Reconciliation Commission: TRC*) hat einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der während der Apartheid begangenen Menschenrechtsverletzungen geleistet. Allerdings sind die vorgesehenen Entschädigungszahlungen bisher nur in einem sehr beschränkten Ausmaß vergeben worden. Größte Probleme für die innere Sicherheit des Landes stellen die steigende Kriminalität, die Ausbreitung des HIV/Aids-Virus sowie soziale Unzufriedenheit und die illegale Einwanderung aus den armen Nachbarländern Südafrikas dar.

Im Jahr 2008 kam es zu rassistisch motivierter Gewalt in Südafrikas Städten, die sich hauptsächlich gegen Schwarze Migrant:innen im Land wendete. Insbesondere den simbabwischen Migrant:innen wird von der südafrikanischen Bevölkerung die Schuld an der wirtschaftlichen Misere im Land gegeben. Die Regierung hat lange gebraucht, um wieder Sicherheit und Ordnung herzustellen. Im Zuge der Unruhen gab es eine Reihe von Toten und Verletzten. 2015 kam es erneut zu rassistisch motivierten Übergriffen. Bei

Straßenschlachten gab es mehrere Tote, worauf die Regierung mit einem Einsatz des Militärs in einigen Stadtteilen reagierte. Opfer der Gewalt waren Migrant:innen aus anderen afrikanischen Ländern, die aufgrund der Bedrohungen massenhaft flüchteten. Mosambik, Simbabwe und Malawi reagierten, indem sie ihre Bürger:innen aus den Flüchtlingsheimen abholten, um sie sicher in die Heimat zu bringen. Im Rahmen von Studierendenprotesten gegen die Studiengebühren im Jahr 2015 wurde der Regierung vorgeworfen, durch die Studiengebühren an die Apartheid zu erinnern, da durch die Höhe der Beträge ein großer Teil der Schwarzen Bevölkerung vom Studium ausgeschlossen wird. Auch heute gibt es noch Gewalt aufgrund von Nationalität oder Hautfarbe in Südafrika (siehe Kapitel „[Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)“).

In den letzten Jahren nahmen die inneren Spannungen aufgrund der gravierenden Ungleichheit weiter zu. Südafrika zählt seit Jahren zu den Ländern mit der höchsten ökonomischen und sozialen Ungleichheit. Diese entladen sich zunehmenden in Gewalt. So stellen Raubüberfälle (10.701 Fälle) und Raubüberfälle unter verschärften Umständen (33.876 Fälle) und tätliche Angriffe mit schwerer Körperverletzung (37.530 Fälle) laut nationaler Polizeistatistik im Zeitraum April 2021 – Juni 2022 mit die gewichtigsten Straftaten dar. In der internationalen Mordstatistik steht Südafrika an zehnter Stelle. Während 1995 die Mordrate noch bei 64,5 pro 100.000 Einwohner:innen lag, konnten die Mordfälle bis 2017 auf ca. 31 pro 100.000 Einwohner:innen im Jahr gesenkt werden.

Im Juli 2021 kam es in den Provinzen Gauteng und KwaZulu-Natal zu tagelangen gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen, nachdem Ex-Präsident Zuma zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Tausende Geschäfte wurden geplündert und verwüstet etwa 330 Personen kamen ums Leben. Nach Angaben der South African Property Owners Association entstand dabei ein ökonomischer Schaden in Höhe von 3,4 Mrd. US-Dollar an Schaden. Zwar betont das *White Paper on Defence* von 1996, dass die Sicherheitsprobleme des Landes vor allem auf sozio-ökonomischen Schwierigkeiten beruhen und daher vorwiegend mit nicht-militärischen Mitteln bekämpft werden müssen. Trotzdem spielt das Militär eine wichtige unterstützende Rolle bei der Bekämpfung von Gewaltkriminalität innerhalb des Landes. So unterstützt sowohl das Heer die Polizei mit Patrouillen, Straßensperren, Durchsuchungen und Sicherungsaufgaben, als auch die Luftwaffe die Polizei durch Überwachungs- und Aufklärungsflüge. So wurden auch im Juli 2021 ca. 25.000 Soldat:innen eingesetzt, um den verhängten Ausnahmezustand in beiden Provinzen durchzusetzen und Plünderungen zu beenden.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Südafrika liegt an der südlichen Spitze des afrikanischen Kontinents und hat insgesamt eine Fläche von 1.219.912 Quadratkilometern. Die beiden Kleinstaaten Lesotho und Swasiland sind vollkommen von südafrikanischem Territorium umschlossen. Südafrika grenzt im Norden an Namibia, Botswana, Simbabwe und Mosambik.

Politische Situation in der Region

Seit 1990 hat Südafrika an keiner größeren militärischen Auseinandersetzung teilgenommen. Zwar bestehen mit keinem der Nachbarn ernsthafte Konflikte, doch es gibt ein

gewisses Sicherheitsrisiko durch eine mögliche Destabilisierung der Region als Folge von schwachen staatlichen Strukturen, Armut, Krankheit, Kriminalität und Ressourcenknappheit.

Südafrika versucht eine führende Position auf dem afrikanischen Kontinent einzunehmen, was sich unter anderem an seinen Beiträgen zur Konfliktbeilegung in der Region der Großen Seen, in Lesotho oder Mosambik zeigt. Der ehemalige südafrikanische Präsident, Thabo Mbeki, ist darüber hinaus ein wichtiger Mitbegründer der 2002 geschaffenen Afrikanischen Union (AU) sowie dessen Entwicklungsprogramm, der sogenannten NEPAD (*New Economic Partnership for African Development*) Initiative. Ziele der AU sind u. a. die Förderung von guter Regierungsführung (*Good Governance*) in Afrika und die friedliche Beilegung von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten auf dem Kontinent. Auf sub-regionaler Ebene ist Südafrika zusammen mit Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania ein Gründungsmitglied der *Southern African Development Community* (SADC), die 1992 als Nachfolgerin der *Southern African Development Coordination Conference* (SADCC) ins Leben gerufen wurde und heute 16 Mitgliedsstaaten im südlichen Afrika umfasst. Ziel der SADC ist es, die sowohl wirtschaftliche als auch politische Integration der Mitglieder zu fördern. Nach langwierigen politischen Auseinandersetzungen verfügt die SADC seit 2001 über ein *Organ for Politics, Defence and Security Cooperation*, welches als Forum für eine regionale Kooperation in sicherheitsrelevanten Fragen dient. Ein *Strategic Indicative Plan for the Organ* zur Identifizierung der sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Region war in Verbindung mit dem *Regional Indicative Strategic Development Plan* die Grundlage für die Festlegung der Integrationssektoren, die Handel und ökonomische Integration, regionale Infrastruktur, Politik, Verteidigung und Sicherheit, soziale Entwicklung, Gesundheit, Gender, Statistik, Wissenschaft und Technologie sowie Sonderprogramme in den Bereichen Ernährung, Umwelt und natürliche Ressourcen umfassen. Die SADC strebt hier mit Unterstützung ausländischer Geber vor allem den Aufbau effektiver Peacekeeping-Kapazitäten an. Zu diesem Zweck unterhält die Organisation zum Beispiel schon seit 1995 ein „Regional Peacekeeping Training Center“ (RPTC) in Simbabwe. Allerdings offenbaren nicht zuletzt die unterschiedlichen Interessen der einzelnen SADC-Mitglieder im Kongo-Konflikt den deutlichen Mangel an Kohäsion, der für eine erfolgversprechende multilaterale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich vonnöten wäre. Konkreter Schwerpunkt der sicherheitspolitisch relevanten Kooperation der SADC-Länder war bisher die Eindämmung der Weiterverbreitung von Kleinwaffen in der Region. Hatten die Mitgliedsstaaten im Sommer 1999 eine Erklärung abgegeben, worin eine engere Kooperation als Grundlage für effektive Bekämpfung grenzübergreifenden Waffenhandels erkannt wurde, dauerte es nur zwei Jahre bis der dort formulierte Handlungsbedarf im verbindlichen „Protocol on the Control of Firearms“ institutionell geregelt und umgesetzt wurde. Im August 2004 hat Südafrika den Vorsitz des *Organ for Politics, Defence and Security Cooperation* und der Bewegung der Blockfreien (NAM) übernommen.

Neben AU und SADC gibt es noch eine Reihe von bilateralen Abkommen Südafrikas im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, insbesondere mit den Nachbarstaaten. Hierzu gehören unter anderem eine *Joint Commission on Defence and Security* mit Botswana (Juni 2000) und Namibia (Juni 1997) sowie Abkommen zur Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen mit Tansania (Juni 1999), Lesotho, Mosambik (März 2000) und Simbabwe (Februar 1996). Die politische und wirtschaftliche Krise in Simbabwe hat

erhebliche Einflüsse auf die umliegenden Länder. So sind viele Simbabwe:innen nach Südafrika geflohen und suchen in den Städten nach Arbeit. An der Grenze zu Simbabwe kommt es immer wieder zu Zwischenfällen zwischen Geflüchteten und einheimischen weißen Farmer:innen. Die Krise hat darüber hinaus erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für die Region. Südafrika hat sich in der Vergangenheit aktiv eingeschaltet, doch kann die „quiet diplomacy“ des südafrikanischen Ex-Präsidenten Thabo Mbeki als gescheitert angesehen werden.

Die innerhalb von Teilen der südafrikanischen Bevölkerung verbreiteten xenophoben Einstellungen gegen Migrant:innen und Geflüchtete aus anderen afrikanischen Ländern, insbesondere den Nachbarländern, stellen ebenfalls eine Herausforderung dar.

Grenzkonflikte

Südafrika hat keine Grenzkonflikte mit den Nachbarstaaten.

Regionale Rüstungskontrolle

Als Mitglied der South African Development Community (SADC) hat Südafrika auch das neue Protokoll über die Kontrolle von Schusswaffen, Munition und verwandtem Material (SADC Firearms Protocol vom August 2020) angenommen, welches Ländern in der Region einen Rahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen bietet. Das erneuerte Protokoll ersetzt bzw. erweitert damit das ursprüngliche Protokoll von 2001. Die Umsetzung in die Praxis bleibt hingegen weiterhin ein schwieriges Unterfangen.

Zudem ist Südafrika Mitglied des Vertrags von Pelindaba, welches eine Kernwaffenfreie Zone in Afrika konstituiert.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Südafrika sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. Auch in den Nachbarländern sind kaum ausländische Soldat:innen stationiert. Eine Ausnahme bildet Mosambik, wo im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM laut dem International Institute for Strategic Studies derzeit 150 Soldat:innen aus verschiedenen europäischen Ländern (120 davon portugiesische Soldat:innen) stationiert sind.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Südafrika genießt ein hohes internationales Ansehen. Die an das Land gestellten Erwartungen sind dementsprechend groß. So hatte Südafrika in den letzten Jahren den Vorsitz in einer Reihe von internationalen Organisationen inne, z. B. der *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD), der *Southern African Development Community* (SADC), der Blockfreien Bewegung (NAM) sowie im Commonwealth. Es war darüber hinaus in den letzten 15 Jahren dreimal als nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat vertreten: 2007 bis 2008, 2011 bis 2012 sowie 2019 bis 2020.

Südafrika ist allen internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus beigetreten. Gleichzeitig beteiligt sich Südafrika auch an regionalen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und nimmt so zum Beispiel am Aufbau des *African Center for the Study and Research of Terrorism* in Algier teil. Als führendes Mitglied der NEPAD (New Partnership for Africa's Development) unterzieht es sich innerhalb des APRM (African Peer Review Mechanism) freiwillig der Untersuchung der eigenen Fähigkeiten zur Bekämpfung des Terrorismus und organisierter Kriminalität.

Nachdem die Anwesenheit von führenden al-Qaida-Mitgliedern in Südafrika vermutet wurde, hat Südafrika ein *National Counter-Terrorism Center* aufgebaut.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Südafrika ist allen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Trotz verstärkter Politikmaßnahmen weist Südafrika weiterhin eine der höchsten nationalen Kriminalitätsraten der Welt auf. Eine Ursache dessen ist auch die leichte Erhältlichkeit von Kleinwaffen. So besitzen rund 3,5 Millionen Südafrikaner:innen legal 4,2 Millionen Feuerwaffen. Das Small Arms Survey schätzte die zivil gehaltenen (legalen und illegalen) Schusswaffen für 2017 auf rund 5,4 Millionen, von denen rund 2,4 Millionen nicht registriert sein sollen. Schätzungen der Global Initiative against transnational organised crime gehen hingegen von rund 3,8 Millionen nicht-registrierten Klein- und Leichtwaffen in der gesamten SADC-Region aus.

Südafrika ist nicht nur ein Anbieter der Ressourcen für die organisierte Kriminalität (Gold, Diamanten, bedrohte Tierarten, Kraftfahrzeuge), sondern entwickelt sich seit den 1990er Jahren zudem zu einem bedeutenden Zentrum des internationalen Drogenhandels. Neben einigen inländischen Gruppen, die am internationalen Drogenhandel beteiligt sind, besteht der größte Teil allerdings aus ausländischen Gruppen (Pakistan, Nigeria, Marokko, Tansania, China). Der Expansion transnationaler, organisierter Kriminalität begegnet Südafrika mit gemeinsamen Aktionen mit Staaten der Region und dem Aufbau einer *Southern African Regional Police Chief's Organisation* (SARPCO).

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Im Oktober 2016 kündigte Südafrika die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Laut Gründungsvertrag sollte der offizielle Austritt ein Jahr nach der Ankündigung vollzogen werden. Auslöser für den Rücktritt war, dass Südafrika den wegen Völkermord mit internationalem Haftbefehl gesuchten sudanesischen Präsidenten bei seinem Besuch auf dem Gipfel der Afrikanischen Union nicht festnehmen wollte.

Südafrika argumentierte, dass jede:r am Gipfel teilnehmende Präsident:in Immunität genieße, da andernfalls die Kooperationsmöglichkeiten und Konfliktschlichtungspotenziale eingeschränkt wären. Neben dem daraus resultierenden Vorwurf, die Forderungen des Internationalen Strafgerichtshof würden internationale Verpflichtungen behindern, begründete der Staat seine Entscheidung ebenfalls mit der ungleichen Behandlung der afrikanischen Staaten im Vergleich zum Rest der Welt. So wurde im offiziellen Schreiben an die Vereinten Nationen aufgeführt, dass bislang alle Angeklagten afrikanischer Herkunft waren. Nachdem das Oberste Gericht in Gauteng den Antrag auf Rückzug aus dem Römischen Statut jedoch für verfassungswidrig erklärte, widerrief Südafrika seinen Rückzug 2017 und setzte so die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof fort.

Eine vergleichbare Ankündigung sowie einen Rückzug derselbigen hatte es im Jahr 2023 gegeben, als der russische Präsident Vladimir Putin – gegen den ein Haftbefehl durch den Internationalen Strafgerichtshof vorliegt – zu einem Gipfeltreffen der BRICS-Staaten reisen sollte.

UN-Berichterstattung

Südafrika berichtete bis 2009 regelmäßig an das [UN-Waffenregister](#) über Rüstungsexporte und -importe. Seitdem hat es teilweise unregelmäßig Berichte eingereicht, der letzte Bericht ist jedoch von 2022. Er enthält lediglich keine Angaben zu Großwaffenimporten. Auch wenn bezweifelt werden kann, dass die restlichen Angaben vollständig gemacht wurden, ist der Bericht relativ umfangreich. Informationen über [Militärausgaben](#) wurden bisher hingegen nicht an die Vereinten Nationen übermittelt.

Da das Land Mitglied des Arms Trade Treaty ist, reichte es im Jahr 2016 seinen Initialbericht und seither auch [jährliche Berichte](#) ein. Im Rahmen des [Programme of Action on small arms and light weapons](#) reichte es jedoch lediglich sporadisch (2003, 2005, 2008 und 2014) Berichte ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die größte Gefahr bezüglich der unerlaubten Wiederausfuhr liegt im Bereich der Kleinwaffen, da Südafrika ein wichtiger Umschlagsplatz in der Region ist und in der Vergangenheit auch einzelne Mitglieder der Sicherheitskräfte an diesen Aktivitäten beteiligt waren. Aus diesem Grund war es bisher der Schwerpunkt der sicherheitspolitisch relevanten Kooperation der SADC-Länder, die Weiterverbreitung von Kleinwaffen in der Region einzudämmen. Hierzu wurde ein entsprechendes Protokoll (SADC Firearms Protokoll) im Jahr 2020 erneuert bzw. erweitert.

Der Großteil der Waffen, die Südafrika illegal verlassen, sind Klein- und Leichtwaffen, ebenso die zahlreichen Waffen, die sich illegal in den Händen südafrikanischer Zivilist:innen befinden. Viele dieser Waffen wurden von südafrikanischen Sicherheitsbeamten gestohlen oder von dem *South African Police Service (SAPS)* entwendet. Allein bei einem Überfall wurden hunderte Waffen, darunter automatische Schusswaffen, und bewaffnete Mannschaftstransportwagen aus einer Militärbasis entwendet. Korruption spielt hier eine große Rolle. So wurde etwa im September 2020 der Oberstleutnant der südafrikanischen Polizei, Charl Kinnear, erschossen. Dieser ermittelte zu dieser Zeit in mehreren Fällen von Waffenschieberei, wovon in mindestens einem der Fälle auch acht hochrangige Polizeibeamte involviert gewesen sein sollen. Im Jahr 2022 wurde der nationale

Polizeipräsident Khehla Sitole aufgrund einer Verweigerung der Aufklärung des Falls von der Unabhängigen polizeilichen Ermittlungsdirektion (IPID) angeklagt.

Zudem wurde bekannt, dass Kriegsmaterial aus Südafrika an Rebell:innen in Angola, die sogenannte UNITA-Bewegung, geliefert wurde. Dieses Material stammt zu Teilen aus Osteuropa, zu Teilen aus Südafrika.

Die freiwillige Abgabe illegaler Waffen an die Polizei, wie es mehrfach öffentlichkeitswirksam versucht worden ist, verlief stets ernüchternd. Von den Feuerwaffen wollen sich nur die wenigsten Menschen trennen.

Generell ist die Informationslage bezüglich der unerlaubten Ausfuhr von Waffen aus Südafrika jedoch unbefriedigend.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Exceptionally high levels of unemployment and inequality characterize South Africa's economy, while poverty remains widespread. The economy is marked by the legacies of apartheid and racial discrimination, with black South Africans most likely to be poor and unemployed and white South Africans experiencing low levels of poverty and unemployment. Women are also more likely to be unemployed and poor than men. Income inequality is among the highest in the world, according to the World Bank. The pandemic, combined with the strict national lockdown, has exacerbated deprivation, with the unemployment rate surging to 32% by December 2020 and millions applying for social assistance grants from the state.

South Africa's democracy has had strong and credible institutions for a significant period, since the end of apartheid. However, much of their capacity and credibility had been eroded in the course of the rule of the Zuma administration. Under Ramaphosa, there are efforts to improve corrupt aspects of the state, but the recovery process may take many years to remedy amidst massive fiscal constraints in the wake of the COVID-19 pandemic. The economy is in dire straits, with national debt spiraling due to increased state spending and financial mismanagement at state-owned enterprises, and economic growth has been slow and exclusive. Inequality is an impediment to inclusive growth and a more cohesive society. The COVID-19 pandemic has deepened the existing, self-induced economic crisis, and recovery will take many years.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3651	3627	3767	3394	3108
Militärausgaben/BIP	0,9	0,9	1,0	0,8	0,7

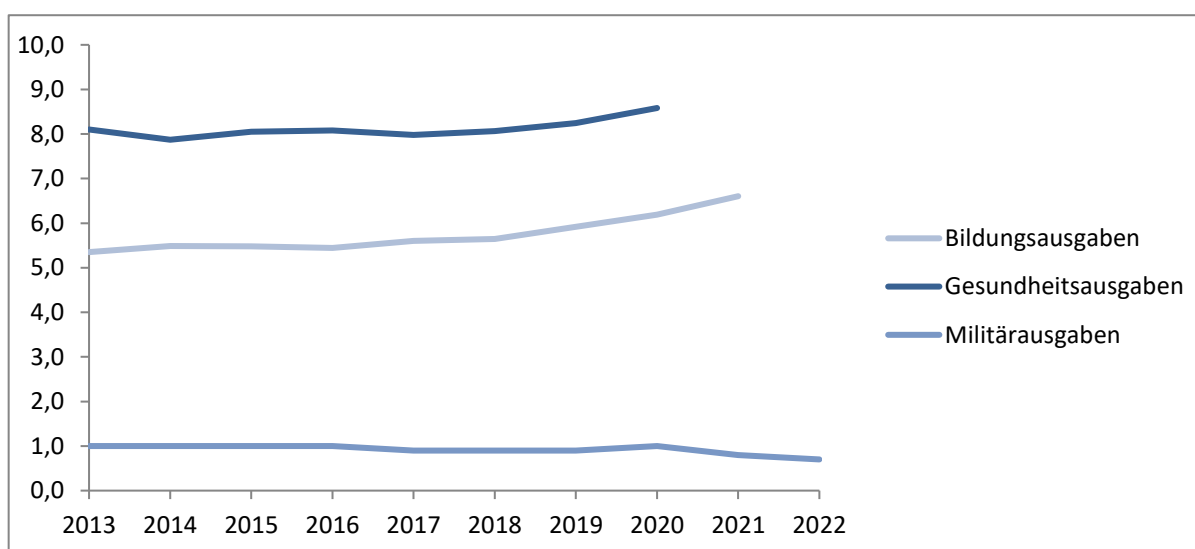
	2018	2019	2020	2021	2022
Gesundheitsausgaben/BIP	8,1	8,2	8,6	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,6	5,9	6,2	6,6	6,2

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 4

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	175007	180180	190735	175411	170015
Anteil am BIP (in Prozent)	45,9	44,6	49,1	52	40,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	864,49	832,28	777,11	985,29	1112,77
Net ODA (% of GNI)*	0,21	0,2	0,19	0,28	0,27
Deutsche ODA Zahlungen*	126,46	119,77	193,55	78,23	-12,07

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	72,5	72,6	73,9	69,9	67,9
Index-Platzierung	113	114	111	115	116

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2018	2019	2020	2021	2022
Botswana	Militarisierungswert	158,1	159,4	162	159,5	160,3
	Index-Platzierung	23	24	21	22	22
Lesotho	Militarisierungswert	61,7	59	58,5	54	57,5
	Index-Platzierung	125	130	133	136	128
Mosambik	Militarisierungswert	78,6	79,5	90,1	87,7	80,5
	Index-Platzierung	107	106	92	96	101
Namibia	Militarisierungswert	146	144,9	146	142,7	139,2
	Index-Platzierung	30	31	33	34	32
Simbabwe	Militarisierungswert	92,2	82,4	66,6	84,7	71,6
	Index-Platzierung	87	103	120	101	109
Swasiland	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2018	2019	2020	2021	2022
Botsuana	Militärausgaben (absolut)	515	545	552	537	491
	Militärausgaben/BIP	2,9	3,1	3,3	3,0	2,7
Lesotho	Militärausgaben (absolut)	54	49	46	37	36
	Militärausgaben/BIP	2,0	1,8	1,8	1,6	1,5
Mosambik	Militärausgaben (absolut)	211	227	325	310	248
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,4	2,0	1,9	1,5
Namibia	Militärausgaben (absolut)	449	428	425	400	384
	Militärausgaben/BIP	3,3	3,3	3,5	3,3	3,0
Simbabwe	Militärausgaben (absolut)	195	190	66	261	176
	Militärausgaben/BIP	1,1	0,7	0,3	0,8	0,4
Eswatini	Militärausgaben (absolut)	96	92	89	83	78
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,9	1,9	1,8	1,6

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,720	0,726	0,736	0,727	0,713

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Der Weltbank zufolge gehört Südafrika mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.780 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index 2019 belegte Südafrika einen Platz im oberen Mittelfeld (Rang 60 von 141). Mit einem Wert von 0,713 weist Südafrika laut Human Development Index (HDI) 2021 eine „hohe menschliche Entwicklung“ auf. Es steht hinsichtlich der Erreichung einiger Sustainable Development Goals vor teils

erheblichen Herausforderungen. Die Gefahr, dass in Südafrika unverhältnismäßige Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gering.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.780 US-Dollar (2022) gehört Südafrika laut Weltbank zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2021 40,6 Prozent. Aktuell schuldet Südafrika dem Internationalen Währungsfonds (IWF) fast 2,7 Mrd. US-Dollar. Auf dem Global Competitiveness Index 2019 erzielte Südafrika 62,4 von 100 Punkten und belegt mit Rang 60 unter 141 Staaten einen Platz im oberen Mittelfeld. Auf demselben Ranking lag Deutschland 2019 auf Platz 7.

Südafrikas Wirtschaft hat in den letzten zehn Jahren leichte bis moderate Wachstumswerte erzielt. Das BIP wuchs zwischen 0,3 Prozent und 4,9 Prozent. Eine Ausnahme stellt das Jahr 2020 dar, als das BIP, bedingt durch die COVID-19-Pandemie um 6,3 Prozent schrumpfte. Bereits im Folgejahr erholte es sich jedoch wieder und verzeichnete ein Wachstum; 2022 wuchs es um 2 Prozent. Der Anteil, den Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP haben, ist als gering zu bezeichnen (im Jahr 2022 2,6 Prozent). Die ILO (International Labour Organization) beziffert den Anteil der erwerbstätigen Südafrikaner:innen in der Landwirtschaft auf 21 Prozent (2021). In der Industrie arbeiteten im selben Jahr laut ILO 17 Prozent der Beschäftigten; die große Mehrheit (61 Prozent) hingegen im Dienstleistungssektor.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,713 rangiert Südafrika auf Platz 109 von 191 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2021. Damit zählt es zu den Ländern mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Damit schneidet es besser auf dem HDI ab als seine Nachbarländer: Botswana (Rang 117), Namibia (Rang 139) und Simbabwe (Rang 146) weisen eine „mittlere menschliche Entwicklung“ auf, Lesotho (Rang 168) und Mosambik (Rang 185) eine „niedrige menschliche Entwicklung“. Auf dem Gender Development Index erzielt Südafrika einen Wert von 0,944, was bedeutet, dass es zu den Ländern mit „mittlerer“ Gleichheit in den HDI-Ergebnissen zwischen den Geschlechtern gehört. Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen betrug der Weltbank zufolge 2021 lediglich 0,3 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren gestiegen, von 22 Prozent (2013) auf 29,8 Prozent (2022), was sehr hohe Werte sind. Mit 49,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit ist fast die Hälfte der jugendlichen Südafrikaner:innen aktuell arbeitslos. Das schlechte Bildungssystem wird als einer der Hauptgründe für die hohe Arbeitslosenquote genannt. In der Realität liegt die Arbeitslosenquote wohl noch deutlich höher. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hat ihre Gründe im Bildungssystem. Diese Entwicklung lässt vermuten, dass die Gesamtarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird. Als weiterer Grund für die hohe Arbeitslosenquote ist Südafrikas mangelnde Konkurrenzfähigkeit mit anderen Niedriglohnländern zu nennen. Infolgedessen attestiert der [Sustainable Development Report](#) Südafrika hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 10 („decent work and economic growth“) erhebliche Herausforderungen. Hinsichtlich der Erzielung von SDG 4 („quality education“) steht es vor signifikanten

Herausforderungen; der Score verschlechtert sich derzeit noch. Daten zu in Armut lebenden Menschen liegen nur lückenhaft vor; 2014 lebten jedoch 40 Prozent der südafrikanischen Bevölkerung mit maximal 3,65 US-Dollar am Tag in Armut und rund 20 Prozent mit maximal 2,15 US-Dollar pro Tag in extremer Armut. Ergo steht Südafrika auch vor erheblichen Herausforderungen hinsichtlich SDG 1 („no poverty“); in Hinblick auf SDG 2 („zero hunger“) zieht der Report die gleiche Bilanz. Südafrika ist durch enorme anhaltende Einkommensungleichheiten gekennzeichnet, welche als Erbe der Apartheid nie wirklich überwunden wurden. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielt Südafrika einen Gini-Koeffizienten von 63, was ein sehr hoher Wert ist. Infolgedessen sieht der Sustainable Development Report auch hinsichtlich SDG 10 („reduced inequalities“) erhebliche Herausforderungen für Südafrika.

Südafrika hat im letzten Jahrzehnt durchschnittlich 5,8 Prozent/BIP für das Bildungssystem ausgegeben; der Anteil am BIP ist relativ konstant gestiegen, auf 6,2 Prozent 2022. Bildungseinrichtungen sind zumeist sehr schlecht ausgerüstet und es existiert ein allgemeiner Mangel an Lehrkräften. Speziell in ländlichen Gebieten verschärft sich diese Situation weiter. Im universitären Bereich herrscht aufgrund steigender Studiengebühren Unzufriedenheit unter den Studierenden. Diese werfen der Regierung vor, durch die Höhe der Beiträge große Bevölkerungsschichten von der Hochschulbildung auszuschließen. Insbesondere die Schwarze Bevölkerung ist davon betroffen. Die Gesundheitsausgaben Südafrikas beliefen sich auf durchschnittlich 8,1 Prozent/BIP in den letzten zehn Jahren; 2020 gab Südafrika 8,6 Prozent für sein Gesundheitssystem aus. Das Gesundheitssystem weist jedoch ebenfalls starke Mängel auf. So ist der Zugang zu Medikamenten wegen der schlechten Finanzierung der Krankenhäuser teils schwierig, die Ausstattung der Krankenhäuser allgemein mangelhaft und die Wartezeiten zumeist sehr lang. Private Einrichtungen sind im Durchschnitt deutlich besser ausgestattet, aber für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich, sodass von einem Zwei-Klassen-System gesprochen wird. Maßnahmen, wie z. B. die Einführung einer nationalen Krankenversicherung, wurden eingeleitet. Die allgemeine Krankenversicherung soll über einen Zeitraum von 14 Jahren (beginnend in 2012) über mehrere Phasen eingeführt werden. Südafrika hat im Vergleich zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben relativ niedrige Militärausgaben; sie beliefen sich seit 2013 durchschnittlich auf 0,9 Prozent/BIP. Dennoch verbrauchen die umfassenden Modernisierungs- und Beschaffungsprogramme viele finanziellen Ressourcen. Hinzu kommt, dass mit den Rüstungsprogrammen Ende der 1990er zahlreiche Korruptionsfälle verbunden waren, die zusätzlich staatliche Ressourcen verschwendet haben. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2023 belegte Südafrika Platz 116 unter 149 Staaten, was einem schwachen Militarisierungsgrad entspricht.

Auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige Militärausgaben, sind Rüstungsexporte nach Südafrika derzeit eher nicht als „kritisch“ einzuschätzen. Es ist nicht zu bestreiten, dass das Land vor erheblichen Entwicklungs Herausforderungen steht, die Militärausgaben sind jedoch aktuell so niedrig, dass sie nicht Gefahr laufen die Entwicklung des Landes negativ zu beeinflussen.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

